

**Frankfurter  
Montags-  
Vorlesungen**

**Politische Streitfragen  
in zeitgeschichtlicher Perspektive**

**Kanada: bestandene Bewährungsproben  
einer multikulturellen Nation oder Vertagung  
der demokratischen Abspaltung Quebecs**

Egbert Jahn

20. Oktober 2014

Adresse des Autors:

Prof. Dr. Egbert Jahn  
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main  
Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften  
Institut für Politikwissenschaft  
Robert-Mayer-Str. 5  
D-60054 Frankfurt  
Tel.: +49-69-798 22667 (Sekretariat)  
Fax: +49-69-798 28460  
E-mail-Adresse: [e.jahn@soz.uni-frankfurt.de](mailto:e.jahn@soz.uni-frankfurt.de)  
[http://www.uni-frankfurt.de/fb/fb03/institut\\_2/ejahn/](http://www.uni-frankfurt.de/fb/fb03/institut_2/ejahn/)

## **Zusammenfassung**

Der weithin unerwartete, beträchtliche Achtungserfolg der schottischen Sezessionisten, die in der Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Schottlands am 18. September 2014 44,7 % der Stimmen errangen, dürfte dem Sezessionismus in einigen westlichen Demokratien, so in Katalonien, Flandern und auch in Quebec wieder Auftrieb geben. Allerdings ist nach den beiden Volksabstimmungen in Quebec in den Jahren 1980 und 1995, wobei bei letzterer immerhin 49,4 Prozent der Stimmen in keinesfalls eindeutiger Weise für die Unabhängigkeit abgegeben wurden, zur Zeit keine dritte in Vorbereitung. Die öffentliche Debatte über eine Sezession oder über eine erweiterte Autonomie der zweitgrößten Provinz Kanadas hält jedoch seit nunmehr über fünfzig Jahren an.

Das überwiegend frankophone Quebec ist historisch das Kernland Kanadas, dem sich nach seiner Annexion durch Großbritannien im Jahre 1763 nach und nach die anderen Teile Britisch-Nordamerikas, die sich nicht als USA 1783 abgespalten hatten, angeschlossen wurden. Dieses Kernland, das später in Ontario und Quebec aufgeteilt wurde, war ursprünglich mehrheitlich französischsprachig, wurde aber etwa um die Mitte des 19. Jahrhunderts durch Zuwanderung mehrheitlich englischsprachig. Durch die Angliederung weiterer englischsprachiger Provinzen wurde Kanada ganz überwiegend englischsprachig, ein Trend der durch die anglophone Assimilation der meisten Zuwanderer bis heute anhält. Die 250-jährigen Bestrebungen zur Erhaltung und Verteidigung der Frankophonie in Britisch-Nordamerika und seit 1867 in der kanadischen Föderation radikalisierten sich seit den 1960er Jahren zu einem verstärkten Verlangen der „Souveränisten“ nach einer nationalen Autonomie und sogar einer Unabhängigkeit Quebecs. Gegen sie stemmen sich die Verfechter der Einheit der kanadischen Nation und des Bundesstaates, die „Föderalisten“, die aber ständig zwischen Strategien der verstärkten Zentralisierung und der erweiterten Dezentralisierung mit Konzepten wie Bilingualismus und Multikulturalismus sowie Provinzialismus (d. h. Stärkung der Kompetenzen der föderierten Provinzen und Territorien), seltener auch Binationalismus, schwanken.

Das Beispiel einer Abspaltung Quebecs und der dann mögliche Zerfall Anglkanadas hätten weitreichende, vermutlich äußerst gewaltträchtige Folgen für das internationale System, so daß es ratsamer scheint, dem Anliegen der Bewahrung des gesichert frankophonen Charakters Quebecs durch eine erweiterte Autonomie innerhalb Kanadas entgegenzukommen. Dennoch wird man nicht ausschließen können, daß bei einer ungleichen sozioökonomischen Entwicklung und Krise in Kanada eines Tages die Sezessionisten Quebecs obsiegen werden, obwohl bisher die Regeln einer demokratischen Sezession juristisch und politisch ungeklärt sind.

## **1 Stabilität oder Fragilität des Staates Kanada und der kanadischen Nation**

Mitte der 1930er Jahre entstand in Quebec eine frankophone nationale Bewegung, die sich die Bewahrung und Stärkung der französischen Sprache und Kultur in Kanada und vor allem in der Provinz Quebec zum Ziel setzte. Seit den 1970er Jahren will ein beträchtlicher Teil dieser Bewegung die Trennung Quebecs vom Königreich Kanada vollziehen und eine unabhängige, nationale Republik Quebec konstituieren. Die meisten Sezessionisten streben allerdings eine enge Wirtschafts- und Währungsunion des neuen Nationalstaats mit dem „Rest von Kanada“ (RoC) an und berufen sich dabei auf das Vorbild der Europäischen Union.

Die secessionistische Bewegung erreichte Ende der 1970er und mit einer Volksabstimmung 1980 einen ersten Höhepunkt und löste beträchtliche Veränderungen des politischen Systems und der Verfassungsstruktur Kanadas aus, die die Autonomie der Frankophonie in ganz Kanada und vor allem in Quebec wesentlich erweiterten. Zahlreiche Verfechter der Einheit des Staates Kanada hofften, mittels eines „erneuerten Föderalismus“ im Namen eines offiziellen und verrechtlichten Bilingualismus und Multikulturalismus den Zusammenhalt der kanadischen Nation zu stärken. Infolge der gravierenden konstitutionellen und politischen Veränderungen der Strukturen Kanadas und aufgrund bedeutender neoliberaler Entwicklungstrends in der Wirtschaft und Gesellschaft ganz Nordamerikas und weltweit meinten viele Beobachter, daß der „separatistische Nationalismus“ endgültig seinen Rückhalt in der Gesellschaft Quebecs und Kanadas verloren habe und nur noch eine periphere politische Erscheinung sei. Wider diese Erwartung nahm die „souveränistische“ nationale Bewegung nach 1990 erneut einen eindrucksvollen Aufschwung und brachte 1995 mit einer zweiten Volksabstimmung in der Einschätzung vieler Kommentatoren Kanada an den Rand des Zusammenbruchs. Bald danach ebte die souveränistische Bewegung wieder ab, hat aber nach Meinungsumfragen weiterhin stets einen Rückhalt bei etwas über 40 % der Bevölkerung Quebecs.

Die Frage, die sich stellt, lautet: Haben die beträchtlichen Teilerfolge der frankophonen und Quebecker nationalen Bewegung, die autonome und föderative Stellung der französischstämmigen und französischsprachigen Bevölkerung in Kanada rechtlich und politisch zu stärken, dauerhaft der Quebecker Unabhängigkeitsbewegung den Boden entzogen, und haben die Bemühungen der föderalistischen Reformer aus allen sprachlichen und ethnischen Gruppen Kanadas, die Strukturen des gemeinsamen Staates zu dezentralisieren und weitgehend den Bedürfnissen und Interessen seiner sprachlichen, ethnischen, regionalen und nationalen Gruppen entgegenzukommen, den Zusammenhalt der kanadischen Nation und der Föderation stabilisiert? Oder hat umgekehrt die autonomistische und föderalistische Dezentralisierung letzt-

lich nur die institutionellen Hebel geschaffen, mit denen eines Tages die äußerst heterogene Gesellschaft Kanadas auf zwei oder mehr Staaten aufgeteilt werden wird? Eines Landes, das international höchstes Ansehen als wirtschaftlich prosperierende, liberale, sozial hoch entwickelte und politisch pluralistische Demokratie sowie als friedenspolitisch besonders aktives Mitglied der Vereinten Nationen und der weltwirtschaftlich führenden G 7-Staaten genießt.

Auch andere ethnisch, sprachlich oder regional sehr heterogene Demokratien stehen vor dem Problem, wie sie das partikular-nationale Bewußtsein (die gern so genannte „nationale Identität“) von Teilen ihrer Bevölkerung mit einem gesamtstaatlichen Nationalbewußtsein oder Patriotismus<sup>1</sup> vermitteln können. Sie sind mit der allgemeinen, politisch-theoretischen Frage konfrontiert, wie sich partikularer Nationalismus mit einem Bundesnationalismus verknüpfen läßt, der nicht umhin kommt einzugestehen, daß es Nationen in einer Nation geben kann, deren Bedürfnisse und Interessen durch ein großes Maß an substaatlicher Selbstbestimmung und Selbstregierung (Autonomie oder föderative Gliedstaatlichkeit) befriedigt werden müssen, wenn nicht das Verlangen nach nationalstaatlicher Unabhängigkeit gefördert werden soll.

So hat wohl ein unbedachter britischer Zentralismus einem beträchtlichen Achtungserfolg der schottischen Sezessionisten Vorschub geleistet, die in der Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Schottlands am 18. September 2014 44,7 % der Stimmen errangen, was wenige Wochen zuvor weithin nicht erwartet worden war. Dieses Abstimmungsergebnis dürfte wohl das Vereinigte Königreich auf den Weg der Dezentralisierung drängen, den zuvor schon Kanada, Belgien und Spanien beschritten, um die staatliche Einheit zu bewahren oder aber – in den Augen der Kritiker der Dezentralisierung – zu unterminieren.. Zugleich wird es dem Sezessionismus in Katalonien, Flandern und auch in Quebec<sup>2</sup> wieder Auftrieb geben, wie das schon die Auflösung der multinationalen Staaten im kommunistischen Europa getan hatte.

## **2 Die ethnische, sprachliche, kulturelle und regionale Vielgliedrigkeit Kanadas als Herausforderung an die Politik**

Kanada ist flächenmäßig das zweitgrößte Land der Erde (9,98 Mill. qkm), hat aber nur 33,1 Mill. Einwohner (2011), die vor allem am Südrand des Staates, insbesondere im Südosten (Ontario, Quebec) und im Südwesten (Britisch-Kolumbien) leben. Der Bundesstaat Kanada besteht aus zehn Provinzen und drei Territorien unter Bundesverwaltung. Die Provinz Quebec (franz. Québec) hat 7,8 Mill. Einwohner und eine Fläche von 1,5 Mill. qkm. Sie ist flächenmäßig die größte und der Bevölkerungszahl nach die zweitgrößte Provinz nach Ontario mit 13

Mill. Einwohnern auf 1 Mill. qkm. Fast ein Viertel aller Kanadier leben also in Quebec. Die Bevölkerung Kanadas ist ethnisch (der sprachlich-kulturellen Herkunft und Abstammung nach), sprachlich (der Muttersprache oder der alltäglich gebrauchten Sprache nach) und kulturell, zudem auch national- und regionalpolitisch außerordentlich mannigfaltig.

Sprachpolitisch lassen sich drei große Gruppen in Kanada unterscheiden: die Englischsprachigen (Anglophonen), die Französischsprachigen (Frankophonen) und die Anderssprachigen (Allophonen), d. h. die Ureinwohner und die nicht zu den Gründervölkern gehörenden Einwanderer aus zahlreichen Ländern, sofern sie ihre Sprache behalten und sich nicht weitestgehend anglicisiert oder französisiert haben. Von den Kanadiern sprachen 2011 21,3 % Französisch und 56,9 % Englisch als Muttersprache. 19,8 % sprachen eine andere Sprache. 0,4 % bezeichneten sich als französisch-englische Bilinguale und 1,5 % als andere Multilinguale.

Außer der Muttersprache, worunter in der kanadischen Statistik die in der frühen Kindheit erworbene und auch später noch beherrschte Sprache verstanden wird, wird auch die Heim- oder Haussprache (*home language*) statistisch erfaßt, also die Sprache, die vorzugsweise zuhause und in der Familie gesprochen wird.<sup>3</sup> Wenn von Anglo- und Frankophonen die Rede ist, so ist nicht immer klar, ob die Muttersprachler oder die Heimsprachler gemeint sind. Für die politische Selbstidentifikation ist wohl in aller Regel die Muttersprache relevanter als die Heimsprache, obwohl der Unterschied in vielen Meinungsumfragen nicht berücksichtigt wird.

Aus der Differenz zwischen Mutter- und Heimsprache, die vor allem bei den Ureinwohnern und den Immigranten groß, aber auch bei den französischsprachigen Muttersprachlern in den englischsprachigen Provinzen festzustellen ist, kann der Grad der sprachlichen Assimilation der Minderheiten, d. h. insbesondere der Französisierung in Quebec und der Anglicisierung im übrigen Kanada ermittelt werden. Erste Stufe der sprachlichen Assimilation (zuerst als Heimsprache, im Generationenwechsel als Muttersprache) ist die Aneignung des Englischen oder Französischen als Verkehrssprache und vor allem als Kindergarten- und Schulsprache, wofür die jeweilige Sprachpolitik einer Provinz verantwortlich ist. Insgesamt schreitet der Prozeß der Anglicisierung weitaus stärker als der der Französisierung voran, so daß die Frankophonen zu einer immer kleineren Minderheit in Kanada werden. Begünstigt wird das heute durch eine äußerst niedrige Geburtenrate der Frankophonen (durchschnittlich 1,2 Kinder pro Frau) im großen Unterschied zu den vielen Jahrzehnten nach der Ankunft der französischen Siedler, als viele Frauen noch 10-15 Kinder zur Welt brachten. Im historischen Kernland Kanadas bildeten die französischen Siedler bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts weitaus die Mehrheit der Bevölkerung. Danach wurden sie zur immer weiter schrumpfenden Minderheit.

Kanada ist neben Haiti der einzige Staat in Amerika mit zwei Amtssprachen, auch wenn einige andere Staaten neben der alleinigen Staatssprache andere Regionalsprachen anerkennen. Im Unterschied zu Haiti leben die Französischsprachigen in Kanada regional konzentriert in einer der zehn Provinzen, nämlich in Quebec. Dort machen sie die eindeutige Mehrheit der Bevölkerung aus (78,1 %) und dort ist Französisch die alleinige Provinz-Amtssprache. In der benachbarten Provinz Neubraunschweig (*New Brunswick/ Nouveau Brunswick*) bilden die Frankophonen eine starke Minderheit (31,6 %) neben der englischsprachigen Mehrheit und kommen auch in den Genuß einer amtlichen Zweisprachigkeit auf Provinzebene. In allen anderen Provinzen bilden sie eine sehr kleine Minderheit von 0,5 bis 4,3 %<sup>4</sup>, also lokal und regional oft eine kleinere Minderheit als die Kanadier mit chinesischer, pandschabischer, spanischer, deutscher, italienischer, arabischer, polnischer oder ukrainischer Muttersprache. In Quebec leben 90 % aller (muttersprachlich) frankophonen Kanadier. Das sind 6,1 von 7,0 Millionen. Die Mehrheit der Frankophonen spricht kein Englisch.<sup>5</sup>

Die Ureinwohner sind nur noch eine kleine Minderheit (2006: 3,8 %)<sup>6</sup>, bilden jedoch in den äußerst dünn besiedelten Territorien im Norden des Landes und auch von Quebec weithin die Mehrheit der Bevölkerung und haben im letzten halben Jahrhundert eine erhebliche territorialpolitische Bedeutung erlangt, die hier nur am Rande erörtert werden kann. Sie bestehen aus drei Gruppen, den *First Nations* (früher Indianer genannt), den *Inuit* (früher Eskimos genannt) und den Mestizen (*Métis*, Abkömmlinge von Indianern und Europäern, vor allem Franzosen).

Im eurozentrischen Geschichtsbild Kanadas gelten die Anglo- und die Frankokanadier als Gründervölker (*founding races* oder *peoples*), die vor allem von Quebecker Autoren auch Gründernationen genannt werden. Sie begannen am Beginn des 17. Jahrhundert die europäische Besiedlung des Nordens Amerikas. Damals lebten nur etwa 220.000 Ureinwohner im heutigen Kanada<sup>7</sup>. Ihre Zahl sank drastisch in den Jahrzehnten danach bei den bewaffneten Auseinandersetzungen mit den europäischen Siedlern und insbesondere an den von diesen eingeschleppten Krankheiten, so daß die Franzosen und Briten rasch die große Mehrheit der Bevölkerung des riesigen Landes darstellten. Später folgten Siedler aus vielen anderen europäischen Ländern und Sprachgruppen, die sich vorzugsweise an die Briten assimilierten. Nach ihnen kamen die sogenannten sichtbaren Minderheiten (*visible minorities*) wie vor allem Chinesen, Pandshabis, viele ethnische Gruppen aus Süd- und Mittelamerika und Afrika. Einige stammen auch aus dem französischsprachigen Haiti, dem Maghreb oder Westafrika. Die meisten Einwanderer neigen eher zur Assimilation an die Anglokanadier als an die Frankokanadier und zur Weiterwanderung von Quebec nach Anglkanada.

Die Hauptbruchlinie in der Gesellschaft im Norden Amerikas, die vielfältige politische Konflikte aber auch bedeutsame Formen der Koexistenz, der Kooperation und der gütlichen Einigung (*accomodation*) hervorgerufen hat, ist von Anbeginn der europäischen Besiedlung Nordamerikas an die englisch- bzw. britisch-französische. Der britisch-französische Gegensatz hat sowohl eine herrschaftsgeschichtliche als auch eine siedlungsgeschichtliche Dimension, die beide zwar miteinander verwoben, aber analytisch deutlich zu trennen sind. Nachdem Großbritannien die riesige Kolonie Neufrankreich mit der Hauptstadt Quebec im Siebenjährigen Krieg erobert und 1763 annektiert hatte, gab es niemals große bewaffnete Aufstände oder gar einen Bürgerkrieg zur Beseitigung der erst britischen und dann kanadischen Herrschaft, wohl aber ein ständiges politisch-kämpferisches Beharren auf der Eigenständigkeit des französischen Siedlungsgebiets mit seinen traditionellen Rechten, kirchlichen und sozialen Privilegien und sprachlich-kulturellen Besonderheiten. Von einigen Phasen der bewußten britischen Assimilationspolitik abgesehen, rüttelten die britischen Kolonialherren nicht am bikulturellen und bilingualen Charakter ihres nordamerikanischen Herrschaftsgebietes.

Die Entstehung der kanadischen Föderation mit weitreichenden sprachlichen Rechten der Frankokanadier und vor allem der Provinz Quebec im Jahre 1867 ist ganz wesentlich auf den Wunsch zurückzuführen, einen friedlichen Ausgleich der Interessen von Anglo- und Frankokanadiern zu ermöglichen, auch wenn es außerdem darum ging, die ganz unterschiedlichen, von Engländern, Walisern, Schotten und später auch Iren besiedelten und beherrschten Kolonien und Besitzungen Großbritanniens im nördlichen Amerika vom Atlantik bis zum Pazifik nach und nach zusammenzufügen. Beide Aspekte des kanadischen Föderalismus, der duale englisch-französische und der plurale der Eigeninteressen der zehn Provinzen und drei Territorien charakterisieren immer wieder schwerwiegende politische Spannungen in der kanadischen Gesellschaft. Hinzu kommen die vielfältigen Sonderinteressen der Ureinwohner und der größeren ethnischen Gruppen unter den vielen Millionen Einwanderern aus aller Welt, die starken Einfluß auf den Konflikt zwischen Anglo- und Frankokanadiern nehmen. Auf ihn soll hier ausschließlich das Augenmerk gerichtet werden, da er seit nunmehr über dreißig Jahren hin und wieder die Existenz des heutigen Staates Kanadas zu bedrohen scheint.

### **3 Optionen der Bewahrung oder der Veränderung des Status Quebecs**

Das kanadische Nationalbewußtsein entwickelte sich einerseits in Abgrenzung zu den USA, andererseits schrittweise auch zu Großbritannien. Es ist von Anfang an insofern gespalten, als

die Frankokanadier eine in vieler Hinsicht eigenständige Geschichte im Unterschied zu der der Anglokanadier besitzen, wenn sie auch seit 1763 in einer gemeinsamen imperialen und Staatsgeschichte vereint sind.<sup>8</sup> Daraus hat sich ein zum Teil sezeessionistisches, zum Teil aber auch ein nur autonomistisches Nationalbewußtsein der frankophonen Quebecker entwickelt.

Die Anhänger einer staatlichen Sezession Quebecs nennen sich „Souveränisten“, offenbar weil „Independisten“ zu eindeutig sezeessionistisch klingen würde, denn „Souveränität“ läßt sich auch radikal-autonomistisch verstehen. Meinungsumfragen haben eindeutig gezeigt, daß viele Quebecker unter dem Wort „Souveränität“ und insbesondere unter „Verbandssouveränität“ (*souveraineté-association*)<sup>9</sup>, die in einer Volksabstimmung 1980 als Alternative zum Status quo angeboten wurde, keine Trennung vom Staat Kanada verstanden, sondern eine größere Eigenständigkeit gegenüber Anglkanada innerhalb Gesamtkanadas.<sup>10</sup> Michael Keating bezeichnet die beiden Begriffe als euphemistisch,<sup>11</sup> d. h. das Gemeinte verschleiern. Mit „Assoziation“ wurde eine enge Wirtschafts- und Währungsunion nach dem Vorbild der EU mit Restkanada propagiert, ohne vorab zu klären, ob dieses überhaupt zu einer solchen Union im Falle einer Sezession Quebecs bereit wäre. Schließlich stand 1980 auch gar nicht die „Souveränität“ unmittelbar zur Wahl, sondern es sollten lediglich Verhandlungen darüber mit der Zentralregierung autorisiert werden, wobei das Verhandlungsergebnis einer nochmaligen Volksabstimmung unterliegen sollte. Insofern ist die weit verbreitete Behauptung, daß 1980 über eine Unabhängigkeit Quebecs abgestimmt wurde, zum beträchtlichen Teil irreführend.<sup>12</sup> Auch 1995 wurde nicht explizit über eine Unabhängigkeit Quebecs abgestimmt.

Die Verfechter der Einheit des Staates Kanadas und der kanadischen Nation nennen sich „Föderalisten“. Dieses Wort ist ebenfalls doppeldeutig. Es kann einmal das Bündnis, die Union, die Einheit der Staatsnation betonen und eine Neigung zur Zentralisierung des Gesamtstaates ausdrücken; es kann aber auch die Vielgliedrigkeit und Eigenständigkeit seiner konstituierenden Landesteile, also der Provinzen und Territorien, wie auch seiner Sprachgruppen und Ethnien unterstreichen und deren Autonomie stärken wollen.

Daraus ergeben sich drei grundsätzlich unterschiedliche Positionen zur Streitfrage der staatlichen Einheit Kanadas: 1. die Quebecker souveränistische (genauer gesagt: die vorherrschende independentistische unter den Souveränisten), 2. die föderalistisch-autonomiefördernde und die 3. föderalistisch-zentralistische.

Die erste Position, das Streben nach einer unabhängigen Republik Quebec, wird von der Mehrheit der Souveränisten verfochten, die sich vor allem im *Parti Québécois* (PQ) im Rah-

men des Quebecker Parteiensystems und im *Bloc Québécois* (BQ) im Rahmen des föderalen Parteiensystems organisiert haben. Die Wahlerfolge der beiden souveränistischen Quebecker Parteien lassen sich aber nur sehr bedingt als Stimmungsmesser für eine Bereitschaft zur Unabhängigkeit Quebecs interpretieren, da auch andere Motive (sozialpolitische, Mißbilligung der Politik der konkurrierenden Parteien, Popularität der Parteiführer) in das Wahlverhalten eingehen. Außerdem befürworten viele Wähler und Mitglieder der souveränistischen Parteien nur eine Unabhängigkeit, falls eine gründliche Reform der Föderation und eine Anerkennung der Quebecker Nation und ihrer „eigenständigen Gesellschaft“ (*société distincte*), Sprache und Kultur in der Verfassung endgültig ausgeschlossen scheint.

Damit kommen die Vorstellungen vieler Souveränisten weitgehend der zweiten Position des autonomiefördernden Föderalismus entgegen, die auf keinen Fall einen unabhängigen Staat Quebec will. Diese Position tritt in zwei Varianten auf. Die eine will nur die Autonomie Quebecs im Namen des Bilingualismus und Bikulturalismus Kanadas stärken (asymmetrischer Föderalismus), die andere die aller Provinzen und Kulturen im Namen des Provinzialismus (Regionalismus) und Multikulturalismus. Letztere ist selbstredend stärker in den anglophonen Provinzen als in Quebec vertreten, wo der *Parti Liberal du Québec* (PLQ) als nationale Partei wie der PQ die Anerkennung Quebecs als „eigenständige Gesellschaft“ verlangt. Die erste Variante sieht Kanada im wesentlichen als eine Föderation von zwei gleichberechtigten Nationen an und fordert für Quebec einen Sonderstatus, letztere hingegen als eine Föderation von zehn gleichberechtigten Provinzen. Ein Kompromiß bestünde darin, den Widerspruch zwischen beiden Konzepten der Föderation zumindest auf der symbolischen Ebene dadurch zu lösen, indem man sie mit Henri Bourassa als einen doppelten Vertrag, einen zwischen den Frankokanadiern und Anglokanadiern und einen zwischen den zehn Provinzen, interpretiert.<sup>13</sup>

Zur Eigenart des kanadischen Föderalismus gehört, daß die Bundesparteien organisatorisch völlig getrennt von den Provinzparteien mit eigenen Mitgliedschaften sind, so daß letztere manchmal eine deutlich andere Politik betreiben als die Bundespartei gleichen oder ähnlichen Namens. Die Differenz zwischen der Politik des *Parti Liberal du Québec* und der *Liberal Party* des Bundes ist z. B. viel ausgeprägter als die Differenz zwischen regionalen und Bundesparteien in anderen Föderationen. Die autonomiefördernde ist nicht immer scharf von der dritten, der zentralistisch-föderalistischen Position getrennt. Die föderalistischen Parteien und einzelne führende Personen in ihnen können je nach zur Entscheidung anstehendem Problem (Verfassungsfragen, Steuer-, Sozial-, Energie- und Umweltgesetzgebung) und Stimmungslage in der Bevölkerung zwischen beiden Positionen schwanken. Tendenziell ist aber die Liberale

Partei des Bundes eher zentralistisch orientiert<sup>14</sup> als die Konservative Partei, die im Quebecer Parlament seit 1936 nicht mehr vertreten ist, als die Quebecer *Union nationale* aufstieg. Die Zentralisten beschwören gelegentlich die Gefahr einer „Balkanisierung“ Kanadas.

Die meisten frankophonen Föderalisten sehen sich wie die Souveränisten als Angehörige einer frankophonen<sup>15</sup> oder einer Quebecer Nation an und stimmten dennoch gegen eine „Souveränität“ Quebecs, während der überwiegend anglophone „Rest of Canada“ (RoC) und die Anglokanadier sich nicht als eigenständige Nation begreifen, so daß aus deren Sicht Kanada kein binationaler oder gar multinationaler, sondern schlicht ein nationaler Staat ist. Unter den Anglokanadiern gibt es allerdings einen recht weit verbreiteten Regionalpatriotismus, der gelegentlich auch zum Sezessionismus oder zum Angliederungsseparatismus (an die USA) in einzelnen Provinzen neigt. Sollte sich eines Tages Quebec von Kanada trennen, so ist nicht ausgemacht, daß der RoC als einheitlicher Staat erhalten bliebe, zumal es dann auch keine Landverbindung zwischen den vier Atlantikprovinzen und den fünf Provinzen und drei Territorien Mittel- und Westkanadas mehr gäbe. Ein stärker werdender anglophoner Regionalnationalismus könnte auch die Aufteilung Restkanadas auslösen. Quebec hingegen besäße trotz seiner östlichen Mittellage in Kanada einen eigenen Zugang zum Atlantik über den St. Lorenz-Golf. Die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) hat bereits viel engere Wirtschaftsbeziehungen der Provinzen zu den angrenzenden US-Staaten als transkontinentale kanadische entstehen lassen.

Die Situation wird weiterhin dadurch kompliziert, daß die Ureinwohner drohen, den Norden Quebecs im Falle seiner Unabhängigkeit Anglokanada anzuschließen. Auch anglophone Grenzlandgemeinden Quebecs könnten den gleichen Wunsch artikulieren,<sup>16</sup> und zwar nach der Devise: „Wenn Kanada teilbar ist, dann ist es auch Quebec.“<sup>17</sup> Dementsprechend wird das Schicksal Irlands beschworen, von dem bei der Erlangung der Unabhängigkeit Nordirland abgespalten wurde. Man könnte auch Beispiele aus dem Teilungsprozeß Jugoslawiens und der Sowjetunion bis hin zur gegenwärtigen Ostukraine-Krise anführen.

Die rund 1 Million Frankophonen, die außerhalb der Provinz Quebec leben, haben kein Interesse an einer Unabhängigkeit Quebecs, da dies ihre Stellung in einer vorwiegend anglophonen Umgebung erheblich schwächen würde. Andererseits haben die zum Teil recht erfolgreichen Anstrengungen der Quebecer in den letzten Jahrzehnten eine Stärkung der gesellschaftlichen Stellung der französischen Sprache und Kultur bewirkt, so daß Kanada offiziell zu einem zweisprachigen Land wurde und sie mit den Bundesbehörden in ihrer Muttersprache verkehren können. Da viele Frankophone in den anglophonen Provinzen zweisprachig sind, haben

sie auch etwas bessere Chancen, in den Bundesbehörden eine Anstellung zu finden, da Anglikanadier seltener zum Erlernen der französischen Sprache bereit sind.

Die Lage wird weiter dadurch kompliziert, daß Drohungen mit secessionistischen Losungen manchmal nur aus taktischen Überlegungen benutzt werden, um innerhalb Kanadas die frankophone Autonomie zu stärken. Das ist sicherlich ein zweischneidiges Schwert, weil die eigenen Anhänger nicht unbedingt den taktischen Charakter der secessionistischen Forderungen erkennen und tatsächlich konsequenter auf der Unabhängigkeit beharrende Politiker und Organisationen innerhalb der souveränistischen Bewegung unterstützen. Es gibt aber keinen einlinigen Prozeß der immer weiter schreitenden Radikalisierung seit den 1960er Jahren, als die schon recht alte Idee einer Unabhängigkeit Frankokanadas (Quebecs mit Teilen von Neubraunschweig und Ontario) sich erstmals in einer Massenorganisation äußerte. Immer wieder findet auch eine Rückkehr zu bescheideneren autonomistischen Forderungen statt.

#### **4 Die Stellung Quebecs und der Frankophonen in der kanadischen Geschichte und Gesellschaft**

Die Bedeutung Quebecs läßt sich nur erfassen, wenn man berücksichtigt, daß der Ursprung des europäisierten Landes Kanada in Quebec liegt, das ursprünglich sich räumlich auf das Umland des St. Lorenz-Stroms beschränkte. Das Wort Kanada geht wahrscheinlich auf das irokesische Wort *kanata* für Dorf oder Siedlung zurück, das von den Franzosen für das Land um die 1608 gegründete Stadt Quebec angewandt wurde, die mit dem Algonkin-Wort *kebek* für Engstelle (im St. Lorenz-Strom) benannt wurde. Sie wurde zur Hauptstadt Neufrankreichs (*Nouvelle France*), zu dem die umfangreichen französischen Besitzungen vom St. Lorenz-Strom (der erst Kanada-Fluß hieß), Labrador und der Atlantikküste (Akadien, *Acadie*) über das Gebiet der Großen Seen, die Täler von Ohio und Mississippi bis zum Golf von Mexiko (*La Nouvelle Orléans*, gegründet 1718) zusammengefaßt wurden. Zunächst wurde das Gebiet durch Handelsgesellschaften, denen die Krone ein Monopol erteilte, verwaltet.

1663 übernahm das Königreich unter Ludwig XIV. die Verwaltung Neufrankreichs, das bis zum Siebenjährigen Krieg im 18. Jahrhundert weit umfangreicher als Neuengland an der südlicheren Atlantikküste Nordamerikas, aber weniger dicht besiedelt war. Engländer und Schotten besiedelten schon seit dem frühen 17. Jahrhundert auch Teile der nördlichen Atlantikküste (Neuschottland), so daß es schon damals zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen ihnen und den Franzosen kam. Die *Hudson's Bay Company* übte mit Erteilung des

Handelsmonopols für Felle durch die britische Krone seit 1670 faktisch die Herrschaft über ein riesiges Territorium im Norden Kanadas aus, was ebenfalls zu manchen bewaffneten Zusammenstößen mit den Franzosen und der 1682 gegründeten *Compagnie du Nord* führte. Die Kriege zwischen Frankreich und Großbritannien in Europa griffen stets auch auf Nordamerika über. Im Frieden von Utrecht 1713 verlor Frankreich Neufundland und Teile Akadiens an Großbritannien. Entscheidend war der Siebenjährige Krieg, an dessen Ende im Frieden von Paris 1763 Frankreich bis auf minimale Reste (die Inseln St. Pierre und Miquelon vor Neufundland sowie Haiti) all seine Besitzungen in Amerika an Großbritannien abtreten mußte, das seinerseits den Westen Louisianas im Austausch für Florida an Spanien abgab. Im Vorfeld des Krieges hatten die Briten den größten Teil der französischen Siedler aus Akadien deportiert, so daß seither die späteren Atlantikprovinzen Kanadas überwiegend von Anglophonen besiedelt wurden und Französisch-Kanada weitgehend von Englisch-Kanada umgeben ist, obwohl es über den St. Lorenzgolf auch Zugang zum Atlantik besitzt.

Großbritannien herrschte nun über fünf voneinander unabhängige Gebiete im Norden: Rupertsland (benannt nach Ruprecht von der Pfalz, dem ersten Gouverneur der Hudsonbaigesellschaft), Neufundland (mit Nordostlabrador), Neuschottland (mit ganz Akadien), Prinz-Eduard-Insel und die neu gebildete Kolonie Quebec. Von Neuschottland wurde später Neubraunschweig abgetrennt. Mit dem Quebec Act 1774 trachtete die britische Krone, die Gunst der französischen Siedler durch die Anerkennung des französischen Zivilrechts, der seigneurialen Eigentumsordnung und der Privilegien der katholischen Kirche zu gewinnen. Dies ist als Ursprung der frankophonen Quebecker Autonomie unter britischer Herrschaft anzusehen.

Die amerikanische Revolution hatte weitreichende Folgen für den Norden Amerikas.<sup>18</sup> Aus sozialen, religiösen und sprachlich-kulturellen Gründen lehnten Quebec wie auch Neuschottland das Angebot der Vereinigten Staaten ab, sich ihnen anzuschließen. In der sehr konservativen, katholischen und agrarischen Kolonie Quebec bildeten Briten den größten Teil der Kaufleute, Bankiers und der Unternehmer, die ebenfalls wegen enger Handelsbeziehungen zu Großbritannien kein Interesse an einem Beitritt zu den USA hatten. Mit Hilfe britischer Truppen widersetzte sich Quebec auch einem militärischen Eroberungsversuch der amerikanischen Revolutionäre. Die Flucht und Vertreibung von ca. 50.000 britischen Loyalisten aus den USA in den Norden, die sich überwiegend in Neuschottland, zum kleineren Teil auch in Quebec ansiedelten, veränderten die ethnischen Verhältnisse im Norden, obwohl vorerst die Franzosen noch in der Mehrheit blieben. Ihre außergewöhnlich hohe Geburtenrate trug jahrzehntelang zu ihrer raschen Vermehrung bei, auch ohne eine weitere Zuwanderung aus Frankreich.

Auch nach der amerikanischen Unabhängigkeit kamen noch viele Amerikaner aus Landhunger in den Westen der Kolonie Quebecs.<sup>19</sup> Sie sahen nicht ein, weshalb sie in einem französischen Rechts- und Sozialsystem leben sollten. Über Jahrzehnte blieb die religiös-kulturelle und soziale Kluft zwischen den britischen Protestanten und den französischen Katholiken eher für Konflikte verantwortlich als die sprachliche Differenz in der Kolonie. London teilte dann 1791 mit dem *Constitutional Act* die Kolonie Quebec in die beiden Provinzen Niederkanada und Oberkanada mit jeweils einer eigenen Volksvertretung und eigenem Recht. Das überwiegend französischsprachige Niederkanada hatte 1814 rund 330.000 Einwohner. Große Teile des Landes waren im Besitz der katholischen Kirche und der katholischen Orden oder von *Seigneurs*, meist ehemaligen Offizieren. Das überwiegend englischsprachige Oberkanada mit fast 100.000 Einwohnern übernahm britisches Zivilrecht; die anglikanische Hochkirche erlangte weitgehende Privilegien beim Erwerb von Landbesitz und im Bildungswesen.

Eine Rebellion gegen die grundbesitzende und klerikale Oligarchie in beiden Kanadas<sup>20</sup> mit dem Ziel der Förderung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts und der Selbstverwaltung der Kolonien im Jahre 1837 löste den von der britischen Krone verordneten Zusammenschluß der beiden Provinzen, die nunmehr als Teilprovinzen *Canada West and Canada East* firmierten, zur *Province of Canada* mittels des *Act of Union* im Jahre 1840 aus. Die koloniale Regierung sollte nunmehr der Volksvertretung gegenüber verantwortlich sein. Im vereinigten Kanada wurden beide Teilprovinzen von je 42 Abgeordneten in der Volksvertretung repräsentiert, obwohl das französischsprachige Kanada Ost weitaus mehr Einwohner hatte als das englischsprachige Kanada West. Da hierbei auch die englische Minderheit in Kanada Ost vertreten war, ergab sich eine englischsprachige Mehrheit in der Volksvertretung. Dies sollte die allmähliche Anglisierung der ganzen Provinz als ein Mittel zum Fortschritt und zur Verbreitung der als überlegen eingeschätzten englischen Kultur fördern. Gegen die Anglisierungspolitik in Kanada entwickelte sich erstmals ein massiver frankokanadischer Widerstand und eine entsprechende politische Parteibildung im Parlament.

Zum Zwecke der Anglisierung Kanadas wurde die weitere Einwanderung aus Großbritannien und Irland vorangetrieben. 1851 hatte Kanada West bereits über 950.000 Einwohner, während in Kanada Ost 890.000 gezählt wurden.<sup>21</sup> Nunmehr begannen die Anglophonen in Kanada West die egalitäre Sitzverteilung im Parlament in Frage zu stellen, als sie erstmals selbst eine Mehrheit in der Provinz Kanada darstellten. Ottawa an der Ostgrenze Westkanadas wurde jetzt (1858) zur Hauptstadt Kanadas. Hinzu kamen die englischsprachigen Mehrheiten in den Atlantikprovinzen und in den neu entstehenden Kronkolonien am Pazifik. Vor allem der US-

amerikanische Bürgerkrieg 1861-1864 wurde in Britisch-Nordamerika als Bedrohung und als Anzeichen für eine mögliche Nordexpansion der USA wahrgenommen.

Als Antwort auf die innenpolitische Blockade in der Provinz Kanada und die äußere Gefahr entstand die Idee der Vereinigung Britisch-Nordamerikas in einer Föderation, die durch den *British North America Act* von 1867 zustande kam, als sich Westkanada, das nun Ontario hieß und Ostkanada, nunmehr mit dem Namen Quebec, mit Neubraunschweig und Neuschottland zum *Dominion of Canada* zusammenschlossen. Bald danach übernahm dieses die Nordwestterritorien. Außerdem schloß sich Britisch-Kolumbien (*British Columbia*) am Pazifik an, so daß das föderierte Kanada nunmehr ab 1871 von Ozean zu Ozean, *a mare usque ad mare*, wie es im Wappen des Landes heißt, reichte. Die Prinz-Eduard-Insel trat Kanada erst 1873 bei, Neufundland und Labrador, das zeitweise ein eigenständiges Dominion war, gar erst 1949. Um Kanada fester zu verbinden, auch als Reaktion auf die Westausdehnung der USA, entstand das nationale Projekt einer transkontinentalen Eisenbahn,<sup>22</sup> die 1885 in Betrieb genommen werden konnte. Dies begünstigte wiederum später die Entstehung neuer vorwiegend anglokanadischer Provinzen zwischen dem Pazifik und Kanada (Manitoba, das anfangs noch französischsprachig war, Alberta und Saskatschewan).

Britische Einwanderung und die Anglisierung vieler anderer Einwanderer sicherten den vorwiegend anglophonen Charakter des modernen Kanadas. Säkularisierungs- und Liberalisierungsprozesse im 19. und 20. Jahrhundert drängten den Einfluß der Kirchen zurück.<sup>23</sup> Die Entstehung eines breiten anglophonen kanadischen Katholizismus durch die Einwanderung von Iren und anglisierten Italienern, Polen, Spaniern und Südamerikanern trug ebenfalls zur Auflösung des englisch-französischen als eines protestantisch-katholischen Gegensatzes bei, obwohl die frankokanadische Nationalbewegung noch bis Ende der 1950er Jahre in Quebec einen stark konservativen, agrarischen und katholisch-klerikalen Charakter besaß.

Das kanadische Nationalbewußtsein entwickelte sich seit der Amerikanischen Revolution in einer zugleich inneren und äußeren Frontstellung. Nach außen versuchte es sich im sich ausdehnenden Kanada sowohl gegenüber den USA, mit denen es wiederholt kriegerische Auseinandersetzungen um Grenzgebiete<sup>24</sup> gab, auch unter Betonung seines bilingualen Charakters, je mehr es seinen britisch-loyalistischen und konservativen Charakter verlor und sich demokratisierte, als auch gegenüber Großbritannien zu behaupten. Dabei erfocht es schließlich in vielen politischen und konstitutionellen Schritten seine Unabhängigkeit. Anglophone und frankophone Politiker wirkten trotz mancher Differenzen im Grundsätzlichen in gemeinsamer Richtung.

## 5 Die Radikalisierung der Quebecker Nationalbewegung

Die Föderalisierung Kanadas im Jahre 1867 sicherte zunächst die Eigenständigkeit des überwiegend frankophonen Quebecs ab. Zu den eigens aufgeführten 16 Kompetenzen der Provinzen gehörten auch die sozialen Dienste und das Erziehungswesen, das nach der Einführung der Schulpflicht in allen Teilen der Föderation erhöhte Bedeutung erhielt. Strittig blieben bis heute die geteilten Besteuerungskompetenzen der Provinzen und des Bundes, die Ausgleichszahlungen zwischen den Provinzen und die Eingriffe des Bundes in Provinzzuständigkeiten durch die Bereitstellung von Bundesmitteln für Aufgaben der Provinzen wie z. B. die Universitäten. Phasen der faktischen Stärkung des Bundes gegenüber den Provinzen wechselten unter manchen Premierministern mit Phasen der Abgabe von Kompetenzen an letztere. Quebecker Sezessionsbestrebungen stimulierten die Ausarbeitung der Verfassung von 1982 zwischen den Vertretern des Bundes und der Provinzen mit dem Ziel einer Ablösung des Britischen Nordamerika-Gesetzes von 1867. Aber Quebec stimmte ihr am Ende nicht zu, weil sein Sonderstatus als „eigenständige Gesellschaft“ und sein Anspruch auf ein Vetorecht bei Verfassungsänderungen nicht in sie aufgenommen wurde, und hat dies bis zum heutigen Tage nicht nachgeholt. Es hat aber bis heute auch noch keine eigene Verfassung verabschiedet, obwohl es dafür schon viele Entwürfe gibt.<sup>25</sup> Dennoch verabschiedete das britische Parlament in London nach bestehendem Recht die neue Verfassung Kanadas, womit es gleichzeitig seine Verfassungshoheit über Kanada aufgab. Die neue Verfassung hat hohe Hindernisse für ihre Veränderung festgelegt,<sup>26</sup> die nunmehr seit Jahrzehnten eine Modernisierung der föderalen Verfassung<sup>27</sup> verhindern.

So gelang es bis heute nicht, die allgemein als anachronistisch empfundene Funktionsweise der zweiten Parlamentskammer zu modernisieren, da die Provinzen ganz unterschiedliche Vorstellungen von einer Senatsreform haben. Der Senat dient zwar nach US-amerikanischen Vorbild als Repräsentanz der Provinzen mit grob nach ihrer ursprünglichen Bevölkerungszahl und politischen Bedeutung gewichteten Vertreterzahlen, so daß Quebec und Ontario durch 24 Senatoren repräsentiert werden und die drei kleinen östlichen Provinzen zusammen durch ebenfalls 24. Die mittlerweile an Bevölkerungszahl recht großen Westprovinzen werden hingegen nur durch je 6 Senatoren vertreten. Im Falle der Senatoren Quebecs wurde statuarisch festgelegt, daß auch Distrikte der englischsprachigen Minderheit repräsentiert werden. Das britische Oberhaus stand bei der Etablierung des kanadischen Senats allerdings weit einflußreicher als Pate als der US-amerikanische Senat. Die Mitglieder des faktisch politisch weniger einflußreichen Senats, der an sich bei der Gesetzgebung mit dem in einer Volkswahl gewähl-

ten Unterhaus annähernd gleichberechtigt ist, werden bis heute vom britischen Generalgouverneur auf Vorschlag des kanadischen Ministerpräsidenten ernannt und bleiben bis zu ihrem 75. Lebensjahr im Amt. Alle Versuche einer Senatsreform scheitern wohl noch auf unabsehbare Zeit daran, daß zwar Konsens über die Notwendigkeit einer demokratischen Wahl der Senatoren besteht, aber nicht über die Frage, ob das US-amerikanische Prinzip der Gleichheit aller Provinzen, ob klein oder groß an Bevölkerungszahl, gelten soll, oder ob die Anzahl der Senatoren ungefähr nach Größe der Provinzen bestimmt werden soll wie nach dem Delegationsprinzip im deutschen Bundesrat, schließlich, ob eine Direktwahl, eine Wahl durch die Provinzparlamente oder aber eine Ernennung durch die Provinzregierungen vorzuziehen ist.

Jedenfalls hat Quebec derzeit keinen Einfluß auf die Auswahl der Quebecker Senatoren, die von dem stets föderalistisch gesinnten Ministerpräsidenten vorgenommen wird, auch wenn dieser oftmals aus Quebec stammt. Quebec hat auch keinen Einfluß auf die Auswahl der drei Richter im Obersten Gericht Kanadas (mit insgesamt neun Richtern), die aus Quebec stammen müssen. In den letzten Jahrzehnten zeigte Quebec allerdings kein besonderes Interesse an einer allgemeinen Stärkung der Kompetenzen der Provinzen und des Senats gegenüber dem Bund, da dies das Gewicht der anglophonen Provinzen gegenüber Quebec stärken würde.

In der kanadischen Föderation entwickelte sich nach britischem Vorbild, begünstigt durch das relative Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen für das Unterhaus (*House of Commons*), im wesentlichen zunächst ein Zweiparteiensystem, in dem im häufigen Wechsel entweder die konservative oder die liberale Partei die Regierung übernahm. Infolge der Entstehung von starken Regionalparteien waren seit den 1990er Jahren zeitweise sogar fünf Parteien im Parlament vertreten. Zwar rief die Industrialisierung auch in Kanada einen neuen sozialen Klassegegensatz und eine Arbeiterbewegung mit sozialistischen Vorstellungen hervor, aber der Herausbildung einer starken Sozialdemokratie wirkte der Abbau von sozialen Spannungen durch die ständige innere Westkolonisation, zum Teil auch die Auswanderung in die USA, lange entgegen, außerdem die soziale Reformierung sowohl der Liberalen als auch der Progressiven Konservativen Partei. Die seit 1935 im Unterhaus vertretene *Co-operative Commonwealth Federation*, die 1961 in der Neuen Demokratische Partei (NDP) aufging, hatte allerdings starke sozialistische Züge. Die im Grunde sozialdemokratische NDP gewann erstmals 2011 weitaus mehr Abgeordnetensitze als die Liberale Partei, kann aber keinen Boden in Quebec finden, wo die nationale Partei PQ selbst starke sozialdemokratische Züge besitzt und die Unterstützung der Gewerkschaften genießt.

Sprach- und schulpolitische Auseinandersetzungen zwischen Anglophonen und Frankophonen gab es wiederholt schon im 19. Jahrhunderts, nicht nur in Quebec, sondern auch in Manitoba und Neubraunschweig.<sup>28</sup> Auslöser neuer Konflikte waren die beiden Weltkriege, in denen heftig über den Einsatz von – freiwilligen wie wehrpflichtigen – kanadischen Truppen gestritten wurde wie auch in einigen anderen Kriegen.<sup>29</sup> Denn die Frankokanadier interpretierten die Kriege vorwiegend als im Interesse des *British Empire* liegend und bekämpften die von anglophonen Regierungen betriebene Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Aber diese Konflikte wurden sicherlich dadurch gemäßigt, daß in beiden Weltkriegen Frankreich und Großbritannien verbündet waren. Für Kanada wirkten sich die beiden Weltkriege trotz hoher Menschenverluste insofern auch segensreich aus, als sie die Wirtschaft und die erwünschte Einwanderung enorm stimulierten, die die weitere ethnische Heterogenisierung und gleichzeitig die Anglisierung Kanadas vorantrieb. Dies wurde zunehmend von den Frankophonen und insbesondere denen in Quebec als Bedrohung wahrgenommen und rief das Verlangen nach mehr Eigenständigkeit hervor. Schließlich gilt es hervorzuheben, daß die Weltkriege die Rolle Kanadas in der internationalen Politik und die Entstehung eines kanadischen Nationalbewußtseins förderten, wobei die Frankokanadier sich früher als Kanadier ansahen als die Anglokanadier, die sich noch länger als Briten verstanden.

Die frankophonen Eigenständigkeitsbestrebungen radikalisierten sich erst seit der Weltwirtschaftskrise zu einer parteipolitischen Bewegung, der konservativen, eng mit der Katholischen Kirche verbundenen *Union Nationale*, die 1936 in Quebec die Wahlen gewann und bis 1939 den Premierminister (Maurice Duplessis) stellen konnte.<sup>30</sup> Sie zeichnete sich durch einen defensiven Nationalismus aus, der das Überleben (*survivance*) der französischen Sprache und Kultur und der damit verbundenen Wertorientierungen und Denkstile sichern wollte. Auch von 1944-1960 und nochmals von 1966 bis 1970 konnte sie die Regierung in Quebec stellen und die Autonomie Quebecs stärken.

In dieser Zeit fand ein tiefgreifender Umbruch der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse statt, der vor allem in der Regierungszeit des Liberalen Jean Lesage (1960-1966) gefördert wurde. Seit dem wirtschaftlichen Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg schritt die Industrialisierung, Urbanisierung, Säkularisierung und Modernisierung des Bildungswesens (Naturwissenschaften und Technik statt religiös-humanistischer Bildung) und des Gesundheitswesens, die Ausweitung der Staatsfunktionen im Sozialbereich und der Aufbau eines Wohlfahrtsstaates auch Quebecs rasch voran. Die Verstaatlichung der Wasserkraftwerke (*Hydro Québec*) und des bislang kirchlichen Erziehungswesens, ein eigenes Quebecker Rentensystem

und die Gründung einer Quebecker Investment-Bank, um die Vorherrschaft der englischen Unternehmen und Banken zu brechen, waren herausragende Projekte der neuen Politik. Dadurch wurden viele Arbeitsplätze für Frankophone in der Wirtschaft wie auch im öffentlichen Dienst geschaffen. In dieser sogenannten stillen Revolution (*révolution tranquille*)<sup>31</sup> um 1960 entstand eine neue soziale Mittelschicht mit eher liberalen und säkularen Einstellungen sowie eine starke sozialdemokratische Arbeiterschaft, die sich von dem Einfluß des frankophonen Klerikalismus und Konservatismus löste und einen neuen, modernen Nationalismus hervorbrachte. Heute rühmen sich viele Quebecker, politisch liberal aufgeklärter, weltoffener, pazifistischer, ökologischer und vor allem sozial solidarischer zu sein als die eher individualistisch denkenden Anglikanier und US-Amerikaner. Manche Autoren sehen in dem Hang der Quebecker, Kollektivrechte zu beanspruchen und staatliche oder korporative Interventionen in sozioökonomische Angelegenheiten zu befürworten, eine Form des säkularisierten Katholizismus. Vermutlich stehen jedoch eher traditionelle etatistische politische Denkweisen aus der Geschichte Frankreichs Pate. Die neue, liberale bis linkssoziale Nationalbewegung trat unter der Parole „*maîtres chez nous*“, Herren im eigenen Haus, werden zu wollen, an und zog schließlich auch eine Unabhängigkeit Quebecs in Betracht.

Am Rande der nationalen Bewegung übte eine extremistische linke, marxistisch-separatistische Bewegung in Quebec, der *Front de Libération du Québec* terroristische Attentate aus, denen von 1963 bis 1970 sieben Menschen zum Opfer fallen, weitaus weniger als bei den gleichzeitigen Terroraktionen im Baskenland und in Nordirland.<sup>32</sup> Aber die *Union Nationale* kanalisierte die separatistischen Neigungen besser in friedliche politische Aktivitäten als die entsprechenden politischen Bewegungen in Spanien und in Großbritannien.

Auf das nationale Bewußtsein der Quebecker sprach der Staatspräsident Frankreichs Charles de Gaulles am 24. Juli 1967 auf der Expo in Montreal aus Anlaß des hundertjährigen Bestehens der Föderation mit seinem Ausspruch an: „*Vive le Québec libre! Vive, vive, vive le Canada français!*“ Diese Parole wurde vielfach als Unterstützung der Quebecker Sezessionisten empfunden und war wohl auch als solche gemeint.<sup>33</sup> Entsprechend empört reagierten viele Stimmen der Öffentlichkeit. Premier Lester B. Pearson polemisierte nicht ungeschickt zurück: „Die Menschen von Kanada sind frei. Jede Provinz in Kanada ist frei. Die Kanadier brauchen nicht befreit zu werden. Im Gegenteil haben viele tausend Kanadier ihr Leben in zwei Weltkriegen für die Befreiung von Frankreich und anderer europäischer Länder gegeben.“<sup>34</sup>

Um dem frankophonen und Quebecker Sprachnationalismus das Wasser abzugraben, ließ der liberale kanadische Ministerpräsident Pierre Elliott Trudeau 1969 nach Empfehlungen einer

*Royal Commission on Bilingualism and Biculturalism* (bewußt nicht *Binationalism*) ein Gesetz über die Amtssprachen verabschieden, das 1988 leicht revidiert wurde und Englisch und Französisch als Sprachen des Parlaments, der Gerichte und von rund 25 % der Bundesbehörden festlegte. Alle in Kanada hergestellten Produkte tragen seither Aufschriften in den beiden offiziellen Sprachen und machen den bilingualen Charakter Kanadas sichtbar. 1971 erklärte Trudeau den Multikulturalismus<sup>35</sup> zu einer Leitlinie der kanadischen Politik, damit auf die Forderungen der Ureinwohner, die einen *pan-Aboriginal* Nationalismus<sup>36</sup> zu entwickeln begannen, und allophoner eingewanderter Minderheiten eingehend, aber gleichzeitig in der Absicht, damit den von den Frankophonen propagierten Dualismus der zwei Gründernationen, der in dem Doppelbegriff Bilingualismus und Bikulturalismus angelegt war, zu schwächen.<sup>37</sup> Sein großer Vorgänger Lester Pearson war diesem Dualismus noch mit der Aussage entgegengekommen: „Obwohl Québec eine Provinz in dieser nationalen Konföderation<sup>38</sup> ist, ist es mehr als eine Provinz, weil es das Kernland eines Volkes ist: in einem sehr realen Sinne ist es eine Nation innerhalb einer Nation“.<sup>39</sup> 1988 wurde auch ein Multikulturalismusgesetz verabschiedet, das an der Vorherrschaft der englischen und französischen Amtssprachen nichts ändert, weshalb auch nicht vom Multilingualismus die Rede ist. Das Prinzip des Multikulturalismus bleibt aber in Kanada umstritten, vor allem in Quebec, wo es weithin als Unterminierung der Sonderstellung der französischen Kultur empfunden wird.<sup>40</sup>

## 6 Verhaltene Anläufe zu einer Sezession Quebecs

Nach 1970 begann der Niedergang der *Union Nationale*. Teile der Partei radikalisierten sich und gingen zu dem von anderen nationalen Gruppierungen 1968 gebildeten *Parti Québécois* (PQ)<sup>41</sup> über, der auch Anhänger aus dem sozialdemokratisch-sozialistischen Lager an sich zog. Bereits 1976 gewann er unter René Lévesque mit der Forderung nach der Souveränität Quebecs in einer Assoziation mit dem anglophonen Kanada die Wahlen zur Quebecker Nationalversammlung, wie seit 1968 die legislative Versammlung heißt. Zuvor gab sich die Provinz den Namen eines Staates: *État du Québec*. Seither hat der PQ wiederholt die Regierung in der Provinz gestellt, von 1976-1985, 1994-2003, 2012-2014. Die Auseinandersetzung der Quebecker „Souveränisten“ des PQ mit den prokanadischen „Föderalisten“ des PLQ bestimmt seither im erheblichen Ausmaße das politische Geschehen in Quebec, wobei der PLQ manche Forderungen des PQ übernahm und in Gegensatz zu den Bundesliberalen geriet. Unter liberaler Regierung wurde 1967 in Quebec auch ein Ministerium für internationale Ange-

legenheiten eingerichtet, das vor allem die Beziehungen zu *La Francophonie*, also zur Gemeinschaft der französischsprachigen Staaten und Regionen, aber auch zur UNESCO pflegt.<sup>42</sup>

Auf der Bundesebene entstand mit dem Bloc Québécois eine mächtige Regionalpartei, die 1993 sogar für eine Legislaturperiode die stärkste Oppositionspartei in ganz Kanada wurde und mit dem PQ eng liiert ist. 2011 brach der Block jedoch drastisch in der Gunst der Wähler ein und errang nur noch vier Sitze, wovon die sozialdemokratische Neue Demokratische Partei profitierte. Dennoch nahm gleichzeitig der PQ in Quebec einen neuen Aufschwung, was erneut die manchmal scharfe Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Provinz- und der Bundesparteien gleicher politischer Grundorientierung unterstreicht.

Nach der Verabschiedung der Charta der französischen Sprache (Gesetz 101) 1977 ist es Kanadiern französischer Abstammung und Immigranten verboten, öffentliche englischsprachige Schulen zu besuchen, die demgemäß nur für alteingesessene Anglokanadier reserviert bleiben sollten. Außerdem wurde Französisch nicht nur als Amtssprache sondern auch als Unternehmenssprache (in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten) beschlossen, um die Vorherrschaft anglophoner Manager in den Unternehmen zu brechen. Um den frankophonen Charakter Quebecs auch öffentlich sichtbar zu machen, mußten nunmehr alle Geschäfte französischsprachige Schilder tragen, was nach Einspruch des Obersten Gerichts Kanadas in die Vorschrift abgemildert wurde, daß auch zusätzliche anderssprachige Bezeichnungen erlaubt wurden, deren Schriftgröße um ein Drittel kleiner sein müssen als die der französischen. Während das Gericht sich auf die individuellen Freiheitsrechte der Charta der Freiheiten und Rechte berief, nutzte Quebec die in der Verfassung festgelegte Vorbehaltsklausel (*notwithstanding clause*), die es den Provinzen gestattet, Rechtsnormen der Charta zeitweise nicht anzuwenden. Eine eigene Behörde kontrolliert die Anwendung der öffentlichen Sprachvorschriften durch die Geschäfte, setzt sie aber nicht immer konsequent durch. Aber eine öffentlich demonstrierte Hegemonie der französischen Sprache in Quebec wurde erreicht. All dies führte zur Auswanderung von Anglophonen und Immigranten und dem Weggang von mehreren Unternehmen aus Quebec, vorzugsweise nach Ontario, gleichzeitig aber zum Aufstieg frankophoner Unternehmen, so daß die Quebecker Wirtschaftskraft nicht wesentlich geschwächt wurde.

Die schulische Sozialisation der Immigranten hat zweifellos den frankophonen Charakter Quebecs erheblich gestärkt, so daß sich der Anteil der französischsprachigen Bevölkerung in Quebec trotz drastisch sinkender Geburtenrate unter den alteingesessenen Quebeckern und hoher Einwanderungsrate inzwischen stabilisiert hat. Aber gleichzeitig ist damit die ethnische Herkunft von den ursprünglichen französischen Siedlern (*Québécois de souche*) mit ihren

engen Bindungen an die traditionelle frankokanadische Kultur und Geschichte und an den Katholizismus bedeutungsloser geworden. Die früheren klerikal-konservativen Regierungen Quebecs hatten es lieber gesehen, daß die Immigranten englischsprachige Schulen besuchten, damit sie nicht die ethnische Reinheit der Frankokanadier und ihren katholischen Charakter beeinträchtigen. Die Frankophonen wurden in den letzten Jahrzehnten immer multikultureller wie zuvor schon die Anglokkanadier. Inzwischen gibt es auch viele protestantische, muslimische und jüdische Frankophone. „In anderen Worten, französisch wird immer weniger eine besondere kulturelle Eigenschaft einer ethnischen Gemeinschaft werden und mehr und mehr das Kommunikationsmittel eines ökonomischen und politischen Kollektivs.“<sup>43</sup>

Parallel hierzu findet eine Änderung der „nationalen Identität“ statt. Immer weniger Frankophone in Quebec definieren sich als Kanadier oder als Frankokanadier, immer mehr als Quebecker.<sup>44</sup> Aber die Anglophonen, die Ureinwohner und die viele Einwanderer haben bislang nicht das Quebecker Nationalbewußtsein übernommen. Die Anglophonen in Quebec sehen sich vorerst nur selten als eine Quebecker sprachlich-ethnische Minderheit, sondern als Kanadier (als Angehörige der Staatsnation) und damit selbstredend als Teil seiner anglophonen Mehrheit (56,9 %) an. Die „fortschreitende Trennung von Sprache und Ethnizität“<sup>45</sup> könnte zwar, wie Raymond Breton annimmt, die Ablösung des Ethnonationalismus durch einen Staatsbürgernationalismus (*civic or civil nationalism*) begünstigen, der jedoch, so wird man einschränkend sagen müssen, vorwiegend einen phonokratischen Charakter besitzt, also die Herrschaft einer Sprache und damit ihrer Sprecher, der Frankophonen, anstrebt.

Der Parti Québécois initiierte schließlich die bereits erwähnte Volksabstimmung am 20. Mai 1980 zur Legitimation von Verhandlungen über eine Souveränität Quebecs, die eine Assoziation und Währungseinheit mit Kanada sowie eine doppelte Staatsangehörigkeit beinhalten sollte, wobei das Verhandlungsergebnis einer weiteren Volksabstimmung unterbreitet werden sollte.<sup>46</sup> Die Abstimmung endete mit einem Votum von 59,6 zu 40,4 % der Stimmen zugunsten der Einheit Kanadas. Für die Souveränisten stimmten fast ausschließlich Frankophone, von den Anglo- und Allophonen hingegen lediglich unter 5 %. Unter den Befürwortern der Verbands-Souveränität Quebecs dominierten die Jüngeren, die besser Gebildeten und die Säkularisierten, also eher die sozialen Träger der Modernisierung der Gesellschaft.<sup>47</sup> Das Angebot einer Konföderation mit Kanada sollte wie entsprechende Vorschläge der nationalen Bewegungen in Jugoslawien und der Sowjetunion das nationale Sezessionsbegehren abmildern. Trotz der Abstimmungsniederlage wurde der PQ 1981 mehrheitlich wiedergewählt. Daraufhin verweigerte Quebec 1982 seine Zustimmung zur kanadischen Verfassung<sup>48</sup> und zur Charta

der Rechte und Freiheiten, mit deren Verabschiedung das britische Parlament seine Verfassungshoheit über Kanada beendete. Seither hat das Königreich Kanada nur noch ein britisches Staatsoberhaupt, das von einem Generalgouverneur (seit 1952 stets ein kanadischer Staatsangehöriger) vertreten wird, der mit einem Vetorecht bei der Gesetzgebung ausgestattet ist. Seit 1914 hat er davon jedoch keinen Gebrauch mehr gemacht.

Nach 1982 unternahm die Bundesregierung zwei Versuche, doch noch die Zustimmung Quebecs zur Verfassung durch ihre Veränderung im Sinne von Wünschen Quebecs (z. B. Anerkennung als „eigenständige Gesellschaft“, Vetorecht bei künftigen Verfassungsänderungen, verstärktes Mitspracherecht bei der Einwanderungspolitik) zu erreichen.<sup>49</sup> Tatsächlich erzielten der Bundespremier und die zehn Ministerpräsidenten der Provinzen in der Tradition des „exekutiven Föderalismus“ einen Kompromiß, zunächst die Meech Lake-Übereinkunft (*Accord*)<sup>50</sup> und später nochmals die Charlottetown-Übereinkunft<sup>51</sup>. Der erste Versuch eines derart „erneuerten Föderalismus“ scheiterte 1990 an der Weigerung der Parlamente Manitobas und Neufundlands, die Übereinkunft zu ratifizieren, der zweite an einer kanadischen Volksabstimmung 1992, in der 54 % der Bürger gegen das Abkommen stimmten. Eine Mehrheit stimmte sowohl in Quebec (weil es als unzureichend auf die Quebecer Forderungen eingehend empfunden wurde) als auch in Westkanada (weil als zu weitgehend auf sie eingehend empfunden) dagegen. Das Referendum war angesetzt worden, weil mittlerweile das elitäre Verfahren der Entscheidungsfindung durch die Ministerpräsidenten auf scharfe öffentliche Kritik gestoßen war. Zudem war die Bereitschaft der anglophonen Provinzen, Quebec einen Sonderstatus in Kanada zu gewähren, offensichtlich drastisch gesunken und wird wohl kaum wieder entstehen. Die Interessensunterschiede zwischen den Provinzen und die komplizierten Voraussetzungen für eine Verfassungsänderung blockieren somit wahrscheinlich auf unabsehbare Zeit eine Verfassungsreform im Sinne einer oft versprochenen „erneuerten Föderation“. Dies trägt sicherlich wesentlich dazu bei, Quebecer sezessionistische Stimmungen auf einem hohen Niveau am Leben zu erhalten. Trotz der verfassungspolitischen Sackgasse werden politische Neuerungen auf außerkonstitutionellen Wegen auf den Weg gebracht, neue bundespolitische Institutionen geschaffen und die Kompetenzen der Verfassungsorgane (etwa bei der Steuergesetzgebung und der Ausgabenpolitik) uminterpretiert.

Obwohl der PQ nach den Wahlen 1985 die Regierung dem Liberalen (PLQ) überlassen mußte, etablierte er sich fest im Parteiensystem der Provinz und gewann seither wiederholt die Wahlen. 1976-85, 1994-2003 und 2012-2014 stellte er erneut die Regierung. Dies erlaubte es ihm, nach dem Scheitern der beiden Verfassungsänderungen am 30. Oktober 1995 erneut eine

Volksabstimmung mit veränderter, aber ebenfalls nicht sehr eindeutiger Fragestellung durchzuführen, bei der die „Souveränität“ (wieder nicht „Unabhängigkeit“) mit einer nach erfolgreicher Abstimmung zu verhandelnden ökonomischen und politischen Partnerschaft mit Kanada verknüpft wurde<sup>52</sup>. Nur 50,6 % der Abstimmenden bei einer Beteiligung von 93,5 % der Abstimmungsberechtigten stimmten mit Nein, 49,4 % mit Ja für die Souveränität Quebecs. Darunter waren mehr als 60 % der Frankophonen, aber nur 5 % Anglophone, Allophone und Angehörige der *First Nations* und der Inuit. Allerdings ergaben Meinungsumfragen, daß nur etwas über 40 % unbedingt für die Unabhängigkeit Québecs waren,<sup>53</sup> denn viele fürchteten einen ökonomischen Niedergang ohne eine enge ökonomische Verbindung mit Restkanada.

Die kanadische Regierung bat den Obersten Gerichtshof zu klären, ob Québec überhaupt ein verfassungsmäßiges oder internationales Recht auf Sezession habe. Dieser kam im August 1998 in einer ausführlichen beratenden Stellungnahme (*advisory opinion*) zu dem Schluß, daß eine einseitige Unabhängigkeitserklärung weder verfassungs- noch völkerrechtlich zulässig sei, aber die Regierung Verhandlungen über eine Sezession aufnehmen müsse, wenn dies von einer klaren Mehrheit in Quebec gefordert werde, da in einer Demokratie der Wille des Volkes beachtet werden müsse.<sup>54</sup> Eine Sezession sei nur mittels einer Verfassungsänderung möglich. Mit anderen Worten: sie erfordert eine Mehrheit im Bundesparlament wie in allen Provinzparlamenten. Das Gericht sah es nicht als seine Aufgabe an zu bestimmen, was eine klare Frage und ein klares Abstimmungsergebnis ist, weil dies die Kompetenz der politischen Akteure sei. Daraufhin verabschiedete das kanadische Unterhaus im Juni 2000 ein Klarheitsgesetz (*Clarity Act*),<sup>55</sup> das der Bundesregierung nur erlaubt, in Verhandlungen über eine Sezession einzutreten, wenn die Referendumsfrage „unmißverständlich“ war (also nicht das Unabhängigkeitsvotum durch ein Assoziationsangebot und einen vagen Begriff von „Souveränität“ abgemildert werden würde) und von einer „klaren Mehrheit“ angenommen worden wäre, wobei das Unterhaus selbst bestimmen will, wie groß eine solche Mehrheit sein müsse, und zwar erst nach der Volksabstimmung.<sup>56</sup> Dieses Klarheitsgesetz beläßt es bewußt völlig im unklaren, was eine klare Mehrheit sein könnte: 51 % (statt bloß 50 % plus eine Stimme nach Ansicht des PQ), 55 % nach dem Beispiel der EU-Vorschrift für eine Sezession Montenegros im Jahre 2006 oder eine qualifizierte Mehrheit von 66,7 % der abgegebenen Stimmen oder eine bestimmte Mehrheit aller Abstimmungsberechtigten. Offenbar möchte sich das kanadische Unterhaus eine größtmögliche Handlungsfreiheit bewahren, um auf die politische Stimmung im Lande während und nach einer dritten Volksabstimmung reagieren zu können. Um dem in mehreren Wellen erstarkenden und dann wieder schwächelnden Quebecker Sezessionismus

entgegenzuwirken, veranstaltete die Liberale Bundespartei eine Kampagne zur Einheit Kanadas. Im September 2006 erkannte das kanadische Unterhaus die Quebecker als „Nation innerhalb eines geeinten Kanadas“ an, eine eher symbolische Geste.<sup>57</sup>

Die Quebecker Nationalversammlung reagierte auf das unklare Klarheitsgesetz im Februar 2001 mit einem Gesetz „über die Respektierung der Ausübung fundamentaler Rechte“ gemäß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem Völkerrecht und sprach dem Bund das Recht ab, die Souveränität der Quebecker Nationalversammlung und des Volkes von Quebec einzuschränken.<sup>58</sup> Dann aber verlor der PQ die nächsten drei Wahlen und das Thema des Sezessionismus schien nunmehr von der politischen Agenda geschwunden. Manche Kommentatoren sahen im Aufschwung des Neoliberalismus und in der Zurückhaltung der Bundesregierung bei der Beeinflussung der Politik der Provinzen den tieferen Grund für eine Stärkung der kanadischen Föderation.<sup>59</sup> Doch dann kam im September 2012 für eineinhalb Jahre der PQ unter der Führung von Pauline Maurois erneut an die Regierung, die aber in einer Fehleinschätzung der Wählerstimmung vorzeitige Wahlen veranlaßte, bei denen der PQ erneut drastisch Stimmen einbüßte. Bereits im November 2011 entstand mit der neuen, liberalkonservativen autonomistischen Partei, der Koalition für die Zukunft Quebecs (*Coalition pour l'avenir du Québec*) unter der Führung von François Legault für den PQ eine ernsthafte Konkurrenz. In der neuen Partei ging die seit 1994 in der Nationalversammlung vertretene Demokratische Aktion Quebecs (*Action démocratique du Québec*) auf.

Das Auf und Ab des Quebecker Separatismus und des Autonomismus in den Jahrzehnten seit Mitte der 1930er Jahre läßt keinen eindeutigen Trend zur Unabhängigkeit kennen. Mit Sicherheit aber wurden in den letzten Jahrzehnten die Rechte und die gesellschaftliche Stellung der frankophonen Bevölkerung in Quebec ganz wesentlich gestärkt. Gleichwohl gibt es auch hier einen durch die Globalisierung geförderten Trend der Anglisierung vieler gesellschaftlicher Bereiche wie auch in der Europäischen Union und in anderen Teilen der Welt, Auf jeden Fall ist es völlig verfrüht, von einer „post-nationalistischen Ära“ zu sprechen.

## **7 Folgen einer Veränderung des Status Quebecs**

Die sprachliche Französisierungspolitik in Quebec seit 1977 zeitigte bereits erhebliche Folgen für die Wirtschaft und die ethnische Zusammensetzung der Provinzbevölkerung. Viele anglophone Einwohner und Unternehmen verließen die Provinz. Auch zahlreiche anglo- und allophone Einwanderer meiden Quebec, weil ihre Kinder dort keine öffentlichen englischsprachi-

gen Schulen besuchen dürfen, private gleichwohl. Quebec meint, diese Verluste durch intensivere Beziehungen zum französischsprachigen Wirtschaftsraum in der Welt kompensiert zu haben. Unzweifelhaft haben Frankophone seit der Durchsetzung der nationalen Sprachpolitik auch führende Positionen in der Wirtschaft, Politik und Bürokratie Quebecs errungen. Die ethnosoziale Trennung und Benachteiligung der Frankophonen gegenüber den Anglophonen in Quebec wurde weitgehend überwunden. Die frankophonen Quebecker haben heute weitgehend ihr Ziel erreicht, eine vollständige Gesellschaft (*société globale*) zu werden, d. h. eine Gesellschaft mit fast allen Schichten und Berufen, die in einer modernen Gesellschaft üblich sind. Die Einkommensniveaus und die Arbeitslosenquoten beider Sprachgruppen haben sich weitgehend angeglichen, wenn es auch immer noch leichte Unterschiede gibt. Soweit die Menschen zweisprachig sind, haben sie gute Chancen in den Bundesbehörden und in den großen Unternehmen, weil die Anglophonen in den Westprovinzen geringeren Zugang zur französischen Sprache und ihrer regelmäßigen Anwendung haben. Als großen Erfolg sehen die Souveränisten an, daß mittlerweile viele Immigranten in den Schulen erfolgreich französisiert werden und zum Teil auch schon ein Quebecker Nationalbewußtsein entwickeln.

Über mögliche Folgen einer Unabhängigkeit wird selbstredend heftig zwischen den Anhängern des vereinigten Kanadas und eines unabhängigen Quebecs gestritten. Die Föderalisten beschwören den ökonomischen Niedergang Quebecs durch seine Abspaltung von Kanada und Selbstisolation, außerdem die dramatische Schwächung der gesellschaftspolitischen Stellung der Frankophonen und der französischen Sprache und Kultur in Restkanada, auch unabhängig davon, ob es dann die offizielle Zweisprachigkeit und die bisherige Privilegierung des Französischen gegenüber anderen Minderheitensprachen abschaffen wird. Durch den Verlust Quebecs würde ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal des zweisprachigen Kanadas und seiner Identität gegenüber den einsprachigen USA verloren gehen. Frankophone Independisten verweisen auf die Bereitschaft Quebecs zur wirtschaftlichen und politischen Assoziation mit Restkanada nach dem Vorbild der EU, außerdem in der NAFTA, so daß also Quebec weiterhin intensive Beziehungen zu Kanada und den USA sowie zur Weltwirtschaft haben, aber einen gesicherten Sprach- und Kulturraum besitzen werde, der weitgehend von der schleichenden Anglisierung der Gesellschaft geschützt wäre. Auch außen- und sicherheitspolitisch müsse sich Quebec keineswegs isolieren, sondern könne selbstbewußt in den bestehenden Allianzen und in den Vereinten Nationen mitwirken. Die Vorteile der Unabhängigkeit würden auch die Inkaufnahme mancher Nachteile durch die Verselbständigung Quebecs rechtfertigen. Quebec profitiert zur Zeit als Nehmer von dem in Kanada institutionalistischen Finanzaus-

gleich zwischen den Provinzen.<sup>60</sup> Aber es verspricht sich Vorteile von einer eigenständigen Entscheidung über sämtliche Steuereinnahmen, da Ottawa zu viel Geld aus den Bundessteuern für von Quebec unerwünschte Zwecke ausbebe, etwa für die Beteiligung an Kriegen und anglophonen Kulturprojekten. Auch in Rechtsfragen (Art der Kriminalitätsbekämpfung, Jugendrechte) könne ein unabhängiges Quebec seine eigene Rechtskultur besser durchsetzen.

Viel spricht dafür, daß die beträchtlichen Erfolge der Souveränisten und der autonomiefördernden Föderalisten in den letzten Jahrzehnten bei der Stärkung der Frankophonie in Quebec die Unabhängigkeitsbestrebungen in der Bevölkerung Quebecs geschwächt haben<sup>61</sup> oder zumindest nicht anwachsen ließen. Dies würde die These unterstützen, daß Demokratien durch Dezentralisierung ihre Staatseinheit stärken können. Dennoch kann man nicht ausschließen, daß eines Tages in einem dritten oder vierten Referendum die Anhänger der staatlichen Unabhängigkeit Quebecs die Mehrheit gewinnen und daß Kanada die Sezession der Provinz duldet. Wirtschaftliche Krisen mit ungleichen Auswirkungen zu Lasten Quebecs können eine solche Situation ebenso heraufbeschwören wie ein ungleicher Wirtschaftsaufschwung zugunsten Quebecs und ungelöste Streitigkeiten um den Finanzausgleich zwischen den Provinzen und Territorien. Auch ein heftiger politischer Konflikt zwischen Frankreich und Großbritannien dürfte Auswirkungen auf Kanada haben. Außer strukturellen Faktoren können auch ungeschickte Manöver regierender Persönlichkeiten wie in der Zeit, als Brian Mulroney und Robert Bourassa die Verhandlungen über Verfassungsreformen führten, das Unabhängigkeitsverlangen der Quebecker erneut stimulieren. Bei allen zukünftigen zugespitzten nationalpolitischen Auseinandersetzungen in Kanada kann man jedoch einen Bürgerkrieg wie in den USA 1861-64 und vielen anderen Ländern in Kanada als ziemlich undenkbar ausschließen.

## **8 Stärkung der Autonomie Quebecs und des Föderalismus statt Zentralismus oder Separation**

Die Folgen einer Spaltung Kanadas wären möglicherweise für die übrige Welt verheerender als für Kanada<sup>62</sup>, da sie zweifellos dem Sezessionismus in vielen anderen Ländern Auftrieb verleihen würde, in Europa etwa in Belgien, Spanien, Zypern, auf dem Balkan und auch in Großbritannien, vielleicht sogar in den USA.<sup>63</sup> In manchen dieser Länder, aber auch in vielen Ländern Asiens und Afrikas gibt es nicht eine so ausgeprägte Kultur der friedlichen Konfliktregulierung wie in Kanada. Es muß also mit einer Förderung von gewaltsamen ethnischen Auseinandersetzungen in Ländern gerechnet werden, die eine sprachlich-ethnisch heterogene, im Prinzip sezessionsfähige Grenzlandbevölkerung besitzen. Andererseits könnte aber

auch eine friedliche, demokratische und rechtlich geregelte Sezession Quebecs, falls die Anglikanier eines Tages die ständigen Quertreiber aus Quebec los sein wollten<sup>64</sup>, wie zu Beginn der 1990er Jahre viele Tschechen froh waren, als sich endlich die obstruktiven Slowaken sich von ihnen trennten, eine gewisse Vorbildwirkung für eine weitere friedliche Trennung von Nationen (wie auch von Serben und Montenegrinern) haben.<sup>65</sup> Allerdings ist bislang die NAFTA bislang keine Nordamerika integrierende supranationale Institution, die den nationalen Sezessionismus doch erheblich moderieren könnte, wie es zweifellos die EU tut und ihn damit entgegen ihrem Willen auch erleichtert. Allerdings meinte Richard Simeon schon 1991, daß die globale und nordamerikanische Integration die Desintegration Kanada fördert.<sup>66</sup>

Somit ist vor allem aus internationalen friedenspolitischen Erwägungen eine Erhaltung der Einheit Kanadas äußerst wünschenswert. Das schließt keineswegs eine weitere Stärkung der Autonomie und der nationalen Staatlichkeit Quebecs innerhalb des Bundesnationalstaates Kanada (*Canada as a nation of nations*) aus,<sup>67</sup> sofern gleichzeitig die Entwicklung der staatsverbindenden Elemente nicht vernachlässigt wird. Sie dürften eher auf der sozioökonomischen Ebene als auf der traditionellen staatlichen Ebene von innerer und äußerer Sicherheitspolitik und Besteuerung liegen. Die beträchtliche Rolle der politischen Bildung und Erziehung darf dabei nicht aus den Augen verlassen werden, die eher kooperativ als zentralstaatlich zu organisieren ist. Intensiver Schüler- und Studentenaustausch zwischen den Sprachgebieten des eigenen Landes sollte nicht gegenüber der Förderung der internationalen Kommunikation vernachlässigt werden. Das Instrument bilingualer Schule wird bislang in Kanada nur wenig genutzt. Allerdings sind die Streitkräfte überwiegend bilingual; es gibt nur wenige rein frankophone militärische Einheiten. Auffallend ist ferner, daß das offizielle politische Prinzip des Multikulturalismus nicht Überlegungen stimuliert hat, die Sprachgemeinschaften als Verfassungsorgane zu institutionalisieren, wie sie ansatzweise in Belgien seit 1970 realisiert wurden. Ein sprachlich-kulturell gesichertes Quebec müßte nicht länger die Zweisprachigkeit von Frankophonen als ein Vehikel der Anglisierung ganz Kanadas und Unterwerfung unter die sprachlich-kulturelle Hegemonie der USA fürchten oder gar bekämpfen. Die bilinguale und multikulturelle Selbstverständnis der modernen kanadischen Gesellschaft, das nicht die beschränkte Hegemonie des Englischen und sekundär auch des Französischen gegenüber den Sprachen und Kulturen anderer Kanadier infrage stellt und durch gleichzeitige intensive interkulturelle Kommunikation eine Balkanisierung Kanadas entlang seiner sprachlich-ethnischen Bruchlinien verhindert, könnte noch mehr als bisher Vorbildwirkungen für viele andere sprachlich-ethnisch heterogene Gesellschaften haben.

## Anmerkungen:

<sup>1</sup> So meinte der Journalist und Parlamentarier Henri Bourassa: “Solange wir keinen kanadischen Patriotismus haben, wird es keine kanadische Nation geben,“ zitiert in Lamont, Lansing 1994: *Breakup. The Coming End of Canada and the Stakes of America*, New York/ London, S. 45. Die kanadische Nationalflagge mit dem Ahornblatt wurde erst 1965 eingeführt. Nach Lamont ist die Schwäche des kanadischen Nationalbewußtseins auch darauf zurückzuführen, daß es keine großen Siege und Niederlagen in nationalen Kriegen und Bürgerkriegen gab, keine Helden und tragischen Figuren, mit denen sich die Nation identifizieren könne (ebenda).

<sup>2</sup> Quebecer Souveränisten hoben allerdings sogleich die Unterschiede zwischen ihrem Land mit einer eigenen Sprache und Schottland hervor. Siehe hierzu erste Reaktionen in *Le Devoir* vom 20.9.2014, <http://www.ledevoir.com/international/actualites-internationales/418975/jean-martin-aussant-a-glasgow-je-trouve-les-cas-ecossais-et-quebecois-somme-toute-fort-differents> (abgerufen am 21.9.2014). Die Möglichkeit der wechselseitigen Stimulierung von Sezessionsbewegungen beschwor schon vorher Gagnon, Alain-G. 2014: *Separatismus: Kanada als Vorbild?*, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* vom 21. Juli. Der in etwa gleichzeitige Aufstieg der *Scottish National Party* und des *Parti Québécois* bot Anlaß zu vergleichenden Studien des Regionalnationalismus, so z. B. Lange, Niels 2000: *Globalisierung und regionaler Nationalismus. Schottland und Québec im Zeitalter der Denationalisierung*, Baden-Baden 2000; Keating, Michael 1996: *Nations Against the State. The New Politics of Nationalism in Quebec, Catalonia and Scotland*, Basingstoke et al.; Salmon, Trevor C. / Keating, Michael (Hg.) 2001: *The Dynamics of Decentralization. Canadian Federalism and British Devolution*, Montreal et al.

<sup>3</sup> Statistics Canada, <http://www12.statcan.gc.ca/census-recensement/2011/dp-pd/hlt-fst/lang/> (abgerufen am 26.9.2014).

<sup>4</sup> Statistics Canada, <http://www12.statcan.gc.ca/census-recensement/2011/dp-pd/hlt-fst/lang/Pages/highlight.cfm?TabID=1&Lang=E&Asc=1&PRCode=01&OrderBy=999&View=2&tableID=401&queryID=1&Age=1> (abgerufen am 4.8.2014).

<sup>5</sup> Statistics Canada, <http://www12.statcan.gc.ca/census-recensement/2011/dp-pd/hlt-fst/lang/Pages/highlight.cfm?TabID=1&Lang=E&Asc=1&PRCode=01&OrderBy=999&View=1&Age=1&tableID=402&queryID=1> (abgerufen am 26.9.2014).

<sup>6</sup> Statistics Canada, <http://www12.statcan.gc.ca/census-recensement/2006/dp-pd/hlt/97-558/pages/page.cfm?Lang=E&Geo=CMA&Code=24&Table=1&Data=Count&Sex=1&Age=1&StartRec=1&Sort=2&Display=Page&CSDFilter=5000> (abgerufen am 26.9.2014)

<sup>7</sup> Sautter, Udo 2007: *Geschichte Kanadas*, München, S. 8.

<sup>8</sup> Bothwell, Robert 1998: *Canada and Quebec: One Country, two Histories*, Vancouver.

<sup>9</sup> Manche Autoren übersetzen diese Formel auch mit „partnerschaftliche Unabhängigkeit“.

<sup>10</sup> Je nachdem, ob in Meinungsumfragen nach der Zustimmung zur Souveränität, zur souveraineté-association oder zur Unabhängigkeit gefragt wurde, gab es unterschiedliche Ergebnisse, siehe über die Jahre im einzelnen Keating, Michael 2002: *Plurinational Democracy: Stateless Nations in a Post-Sovereignty Era*, Oxford, S. 91 und 93.

<sup>11</sup> Keating 1996 (Anm. 2), S. 112.

<sup>12</sup> Siehe im einzelnen hierzu Alexandroff, Alan S. 2006: *The never-ending story: Quebec and the question of national self-determination*, in: Rosecrance, Richard N./ Stein, Arthur A. (Hg.): *No more states? Globalization, National Self-determination and Terrorism*, Lanham et al., S. 224-229.

<sup>13</sup> Simeon, Richard/ Turgeon, Luc 2013: *Seeking Autonomy in a Decentralised Federation*, in: Ghai, Yash/ Woodman, Sophia (Hg.): *Practising Self-Government. A Comparative Study of Autonomous Regions*, Cambridge, S. 39.

<sup>14</sup> Prominentester und zugleich höchst umstrittener Exponent dieser Richtung war Pierre Elliott Trudeau (1919-2000), der von 1968-1984 mit einer kurzen Unterbrechung Ministerpräsident Kanadas war. Seine rigide Politik der „nationalen Einheit“ und Zurückweisung der historischen Sonderstellung Quebecs wird von seinen Kritikern sehr stark mitverantwortlich gemacht für die Krise der kanadischen Föderation, so z. B. von McRoberts, Kenneth 1997: *Misconceiving Canada. The Struggle for National Unity*, Toronto/ New York/ Oxford. Trudeaus weltberühmter liberaler Vorgänger Lester B. Pearson (1897-1972) im Amt des Ministerpräsidenten von 1963-1968 hingegen gilt als weit verständnisvoller für die dualistische Auffassung vieler Frankokanadier vom kanadischen Staat.

<sup>15</sup> Es handelt sich also hier um ein Verständnis von Ethnonation oder von Sprachnation im Unterschied zum Nationsverständnis der Französischen Revolution. Alle drei Nationsverständnisse können im Begriff der Quebecer Nation gemeint sein.

<sup>16</sup> Alexandroff 2006 (Anm. 12), S. 231.

<sup>17</sup> Wells, Paul 1996: Chrétien, Ministers see Logic of Partitioning“, in: Montreal Gazette, 30. Januar, zitiert nach: Levine, Marc V. 1997: Canada and the challenge of the Quebec independence movement, in: Van Horne, Winston A. (Hg.): Global Convulsions. Race, Ethnicity, and Nationalism at the End of the Twentieth Century, New York, S. 315-334.

<sup>18</sup> Einen kurzen Überblick bietet Sautter 2007 (Anm. 7), S. 29-35. Ausführlicher hierzu Riendeau, Roger 2000: A Brief History of Canada, Markham, Ontario, S. 75-93; See, Scott W. 2001: The History of Canada, Westport, CT/ London, S. 60-67. Siehe außerdem Dickinson, John A./ Young, Brian 2000: A Short History of Quebec, Montreal et al., S. 57-62.

<sup>19</sup> Später wanderten umgekehrt über 300.000 Frankokanadier auf Arbeitssuche in die USA aus und assimilierten sich dort an die englischsprachige Bevölkerung.

<sup>20</sup> Mit marxistischer Vorgehensweise wird gelegentlichen der ethnonationalgeschichtlichen Interpretation der frühen Geschichte Frankokanadas und Quebecs widersprochen. Dabei werden die sozialökonomischen Motive des gesellschaftspolitischen Handelns der Bauern und der anderen sozialen Schichten hervorgehoben, so von Bernier, Gérald/ Salée Daniel 1992: The Shaping of Québec Politics and Society. Colonialism, Power, and the Transition to Capitalism in the 19<sup>th</sup> Century, Washington et al., S. 7.

<sup>21</sup> Sautter 2007 (Anm. 7), S. 53.

<sup>22</sup> Auch die Errichtung der Vorläufer von *Canadian Broadcasting Corporation/ Radio Canada* in den 1920er Jahren war ein transkontinentales nationalpolitisches Projekt.

<sup>23</sup> Eichhorst, Kristina 2005: Ethnisch-separatistische Konflikte in Kanada, Spanien und Sri Lanka. Möglichkeiten und Grenzen institutioneller Konfliktregelungen, Frankfurt am Main, S. 71.

<sup>24</sup> Siehe hierzu Hutchinson, Bruce 2012: The Struggle for the Border, Oxford.

<sup>25</sup> Dazu jüngst erneut Turp, Daniel 2013: La Constitution Québécoise. Essais sur le droit du Québec de se doter de sa propre loi fondamentale, Montréal.

<sup>26</sup> Einstimmigkeit des Bundes und der Provinzen bei wichtigen Verfassungsänderungen, bei anderen eine Zustimmung des Bundes und mindestens sieben Provinzen.

<sup>27</sup> Zum Föderalismus in Kanada gibt es eine reichhaltige Literatur, siehe hierzu etwa Gagnon, Alain-G. (Hg.) 2009: Contemporary Canadian Federalism. Foundations, Traditions, Institutions, Toronto et al.; Rocher, François/ Smith, Miriam (Hg.) 2003: New Trends in Canadian Federalism, Peterborough, Ontario et al.; Broschek, Jörg 2009: Der kanadische Föderalismus- Eine historisch-institutionalistische Analyse, Wiesbaden. Zum Vergleich mit dem deutschen Föderalismus siehe Gagnon, Alain-G./ Sturm, Roland (Hg.) 2011: Föderalismus als Verfassungsrealität. Deutschland und Kanada im Vergleich, Baden-Baden: Nomos.

<sup>28</sup> Silver, Arthur I. 1997: The French-Canadian Idea of Confederation 1864-1900, Toronto et al., S. 88-110.

<sup>29</sup> Zur Auswirkung der Kriege auf das Verhältnis zwischen Anglo- und Frankokanadiern siehe Finkel, Alvin/ Conrad, Margaret/ Strong-Boag, Veronica 1993: History of the Canadian Peoples, Band 2, Toronto, S. 294-310, 383-386; Riendeau 2000 (Anm. 18), S. 189-193, 230-235; See 2001 (Anm. 18), S. 107-110, 129-139.

<sup>30</sup> Ein interessanter Versuch, das Anwachsen der Bedeutung des exklusiven, kulturellen Nationalismus mit der Ausweitung der sozialen Legitimation und Verfassung von Herrschaft in Verbindung zu bringen, wurde vorgelegt von Chennells, David 2001: The Politics of Nationalism in Canada: Cultural Conflict since 1760, Toronto et al. Er berücksichtigt aber nicht die Asymmetrien der Entfaltung des nationalen politischen Bewußtseins der Franko- und Anglokandier.

<sup>31</sup> Waldmann, Peter 1992: Ethnischer Radikalismus. Ursachen und Folgen gewaltsamer Minderheitenkonflikte am Beispiel des Baskenlandes, Nordirlands und Quebecs, Opladen, S. 49-61. Zu unterschiedlichen sozioökonomischen und politischen Erklärungen der stillen, d. h. friedlichen, reformerischen Revolution siehe Lammert, Christian 2004: Nationale Bewegungen in Québec und Korsika 1960-2000, Frankfurt a. M., S. 102-111.

<sup>32</sup> Siehe hierzu Waldmann 1992 (Anm. 31), S. 137-152.

<sup>33</sup> Siehe hierzu im einzelnen Bothwell 1998 (Anm. 8), S. 121 f.

<sup>34</sup> Gillan, Michael 1967: Words Unacceptable to Canadians: De Gaulle Rebuked by Pearson, in: The Globe and Mail Toronto vom 26. Juli, zitiert nach: [http://en.wikipedia.org/wiki/Vive\\_le\\_Qu%C3%A9bec\\_libre#cite\\_note-Pearson\\_rebuked\\_De\\_Gaulle-13](http://en.wikipedia.org/wiki/Vive_le_Qu%C3%A9bec_libre#cite_note-Pearson_rebuked_De_Gaulle-13).

<sup>35</sup> Geißler, Rainer 2003: Multikulturalismus in Kanada – Modell für Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte vom 17. Juni.

<sup>36</sup> Rocher/ Smith 2003 (Anm. 27): Introduction, S. 33.

<sup>37</sup> Forbes, Hugh Donald 1994: Canada: From Bilingualism to Multiculturalism, in: Diamond, Larry/ Plattner, Marc F. (Hg.): Nationalism, Ethnic Conflict and Democracy, Baltimore/ London, S. 86-101.

<sup>38</sup> 1867 war das Wort Konföderation noch in der Bedeutung von Föderation als Bundesstaat benutzt worden, nicht in der Bedeutung von Staatenbund.

<sup>39</sup> Zitiert nach Lammert 2004 (Anm. 31), S. 147.

<sup>40</sup> Einige Stimmen hierzu läßt Bothwell 1998 (Anm. 8) sprechen, S. 235-237. So auch Lammert 2004 (Anm. 31), S. 160: „Die Institutionalisierung des Multikulturalismus richtete sich eindeutig gegen das von den Nationalisten in Québec propagierte Zwei-Nationen-Modell.“

<sup>41</sup> Parti Québécois, <http://www.thecanadianencyclopedia.ca/en/article/parti-quebecois/> (abgerufen 16.10.2014).

<sup>42</sup> Balthazar, Louis 2011: Québecs International Relations, in: Gagnon, Alain-G. (Hg.) <sup>3</sup>2004 (Anm. 27), S. 447-474.

<sup>43</sup> Breton, Raymond 2005: Ethnic Relations in Canada. Institutional Dynamics, Montreal et al., S. 117.

<sup>44</sup> 1970 bezeichneten sich bei Untersuchungen von Maurice Pinard 34 % als Canadiens, 44 % als Canadiens français und 21 % als Québécois, 1990 waren die entsprechenden Zahlen 9, 28 und 59, zitiert nach Lange 2000 (Anm. 2), S. 192. In einer anderen Befragung 1995 bezeichneten sich als Quebecer allein (*seulement*) 29 %, als Quebecer in erster Linie (*d'abord*), aber auch als Kanadier 29 %, als Quebecer und Kanadier gleicherweise (*à part égale*) 28 %, als Kanadier zuerst, aber auch als Quebecer 6,7 %, als Kanadier allein 5,4 %, zitiert nach McRoberts 1997 (Anm.14), S. 247.

<sup>45</sup> Breton 2005 (Anm. 43), S. 117.

<sup>46</sup> Der längere englische Wortlaut der Abstimmungsfrage findet sich z. B. bei Alexandroff 2006 (Anm. 12), S. 224 und Lammert 2004 (Anm. 31), S. 171 f., Anm. 81.

<sup>47</sup> Keating 1996 (Anm. 2), S. 83.

<sup>48</sup> Bories-Sawala, Helga E. 2012: Die ‚heimgeholte‘ kanadische Verfassung von 1982 und warum Québec sie immer noch nicht unterschreibt, [http://www.kanada-studien.org/wp-content/uploads/2012/08/7\\_Bories\\_Verf.pdf](http://www.kanada-studien.org/wp-content/uploads/2012/08/7_Bories_Verf.pdf).

<sup>49</sup> Hierzu legte Quebec im wesentlichen fünf Forderungen vor, siehe im einzelnen Levine 1997 (Anm. 17), S. 321 f..

<sup>50</sup> 1987 Constitutional Accord, <http://www.solon.org/Constitutions/Canada/English/Proposals/MeechLake.html> (abgerufen am 16.10.2014). Eine Zusammenfassung der wichtigsten Inhalte findet sich in Lammert 2004 (Anm. 31), S. 181.

<sup>51</sup> Charlottetown Accord. Document, <http://www.thecanadianencyclopedia.com/en/article/charlottetown-accord-document/> (abgerufen am 16.10.2014). Eine Zusammenfassung der wichtigsten Inhalte findet sich in Lammert 2004 (Anm. 31), S. 187.

<sup>52</sup> „Acceptez-vous que le Québec devienne souverain, après avoir offert formellement au Canada un nouveau partenariat économique et politique, dans le cadre du projet de loi sur l’avenir du Québec et de l’entente du 12 juin.“ Auf englisch lautete die Frage: „Do you agree that Quebec should become sovereign, after having made a formal offer to Canada for a new economic and political partnership, within the scope of the bill respecting the future of Quebec and the agreement signed on June 12, 1995“ Lammert 2004 (Anm. 31), S. 191 und S. 201. Zu den Effekten der ungenauen Formulierung bei beiden Referenden siehe Robinson, Gertrude J. 1998: Constructing the Quebec Referendum. French and English Media Voices, Toronto et al., S. 215-222.

<sup>53</sup> Im Laufe der Zeit stieg der Anteil der Quebecer Unabhängigkeitsbefürworter von 7 % (1965) bis auf 70 % (Juni 1990) und fiel dann wieder dauerhaft auf über 40 % nach Levine 1997 (Anm. 17), S. 325. 2004 lag er wieder bei 52 %, nach Alexandroff 2006 (Anm. 12), S. 226.

<sup>54</sup> Reference re Secession of Quebec, <http://scc-csc.lexum.com/scc-csc/scc-csc/en/item/1643/index.do> (abgerufen am 16.10.2014).

<sup>55</sup> Dion, Stéphane 2012/13: Secession and the Virtue of Clarity, in: Ottawa Law Review 44, No. 2, S. 403-418.

Eine noch klarere Begründung für die restrictive Auffassung von einer klaren Mehrheit hat der Initiator des Klarheitsgesetz formuliert in: Dion, Stéphane 2013: Secession and Democracy: A Canadian Perspective, <http://stephanedion.liberal.ca/en/articles-en/secession-democracy-canadian-perspective-2/> (abgerufen am 16.10.2014). „Eine kritische Würdigung des Urteils des Obersten Gerichts und des Klarheitsgesetzes liegt vor von Lajoie, André <sup>3</sup>2004: The Clarity Act in its Context, in: Gagnon <sup>3</sup>2004 (Anm. 27), S. 151-164.

<sup>56</sup> An Act to give effect to the requirement for clarity as set out in the opinion of the Supreme Court of Canada in the Quebec Secession Reference, <http://laws-lois.justice.gc.ca/eng/acts/C-31.8/page-1.html> (abgerufen am 16.10.2014).

<sup>57</sup> Canada backs Quebecer nationhood, in: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/6190162.stm> (abgerufen 21.9.2014).

<sup>58</sup> Loi sur l'exercice des droits fondamentaux et des prérogatives du peuple québécois et de l'État du Québec, <http://www.canlii.org/fr/qc/legis/lois/lrq-c-e-20.2/derniere/lrq-c-e-20.2.html> (abgerufen 21.9.2014).

<sup>59</sup> Changefoot, Nadine/ Cullen, Blair 2011: Why is Quebec Separatism off the Agenda? Reducing National Unity Crisis in the Neoliberal Era, in: Canadian Journal of Political Science, Heft 4, S. 769-787.

<sup>60</sup> Zum Finanzausgleich zwischen den Provinzen siehe Hale, Geoffrey E. <sup>2</sup>2006: Balancing Autonomy and Responsibility. The Politics of Provincial Fiscal and Tax Policies, in: Dunn, Christopher (Hg.): Provinces. Canadian Provincial Politics, Peterborough, Ontario et al., S. 380-383.

<sup>61</sup> Zu diesem Ergebnis kommt Lammert 2004 (Anm. 31), S. 206 f.

<sup>62</sup> Die Folgen für Kanada reflektiert z. B. eingehend McRoberts 1997 (Anm. 14), S. 289-276.

---

<sup>63</sup> Lamont entwickelte bereits 1994 ein detailliertes Szenario der Folgen eines Zusammenbruchs Kanadas für die Welt und insbesondere auch die USA, einschließlich einer Stimulierung von ethno- und regionalnationalem Sezessionismus in den USA (Alaska, Hawaii, in einem potentiell mehrheitlich spanischsprachigen Neumexiko oder Texas), Lamont 1994 (Anm.1), S. 227-245.

<sup>64</sup> Diese Position wurde bereits in Büchern in den frühen 1990er Jahren propagiert, siehe hierzu Finkel/ Conrad/ Strong-Boag 1993 (Anm. 29), S. 607-610. L. Lamont erwähnt Meinungsumfragen aus dieser Zeit, bei denen bereits 75 % der Anglokanader eher bereit waren, die Abspaltung Quebecs zu riskieren, als Quebec mehr Macht innerhalb Kanadas zuzugestehen, Lamont 1994 (Anm. 1), S. 37.

<sup>65</sup> Eine deliberativ-demokratische, konsensuale Form der Sezession anstelle einer unilateralen, sich auf das Selbstbestimmungsrecht berufenden wird vorgeschlagen von Courtois, Stéphane 2014: *Repenser l'avenir du Québec. Vers une sécession tranquille?* Montreal, da er eine Umwandlung Kanadas in eine asymmetrische, multinationale Föderation durch eine Verfassungsreform für unwahrscheinlich hält.

<sup>66</sup> Zitiert nach Levine 1997 (Anm. 17), S. 331. Dies korrespondiert mit meinen generellen Annahmen über das durch die Globalisierung und die europäische Integration verstärkte Verlangen nach kulturpolitisch fundierter Nationalstaatlichkeit. Demgegenüber meint Daniel Latouche: "Globalisierung ... ist weder der vertrauenswürdige Verbündete noch der Erzfeind von substaatlichen nationalistischen Bewegungen". In: Latouche, Daniel 2001: *Globalization in a Very Small Place: From Ethnic to Civic Nationalism in Quebec*, in: Keating, Michael/ McGarry, John (Hg.): *Minority Nationalism and the Changing International Order*, Oxford, S. 181.

<sup>67</sup> M. Keating drückt denselben Gedanken in einer anderen Terminologie aus: "Nationen müssen nicht Staaten werden, um Selbstregierung zu erringen." In: Keating 2002 (Anm. 10), S. VI. Zum Ausdruck "*nation of nations*" siehe ebenda, S. 98.